ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DONNERSTAG, 17. OKTOBER 1974 • PREIS: IL 1.— יום חמישי, א׳ חשון תשל״ה ★ המחיר : ל״י

Israelischer Protest gegen pro-arabische UN-Abstimmung

...m (HM) — *Die Bot-* ...raels in jenen westli- ...dern, die bei der Ab- ...der UN-Vollversamm- ...nstan einer Teilnahme ...an der Palästina-Debat- ...nt *hatten*, legten ge- ...den Aussenministerien ...oteste ein. Sie erklär- ...diese Abstimmung der ..., Friedens im Nahen Osten einen schlechten *Dienst* erweise.

Die massgebenden Beamten der verschiedenen Aussenministerien rechtfertigten den Beschluss ihrer Regierungen unter anderem mit dem Argument, dass die Zulassung der PLO-Delegation noch keineswegs eine Anerkennung der PLO als Alleinvertreter einer palästinensischen Nation darstelle. *Einige Ministerialsprecher* bezeichneten die Abstimmung als einen Schritt des Ausgleichs und der Neutralität zwischen den in den Nahostkonflikt verwickelten Parteien.

Gleichzeitig wurden auch die Botschafter der in Israel akkreditierten westlichen Blätter, welche ihre Stimme für den arabischen Antrag abgegeben hatten, zu ähnlichen Gesprächen ins Aussenministerium nach Jerusalem berufen.

FRANKREICH HAT DIE PLO NICHT ANERKANNT

Paris (UPI, R) — Die französische Regierung erklärte gestern, dass ihre Unterstützung des Vorschlags, die palästinensische Befreiungsfront zu den UN-Verhandlungen einzuladen, keine Anerkennung dieser Organisation darstellt.

Der Sprecher der französischen Regierung erklärte dies den Pressevertretern, nachdem die wöchentliche Sitzung der Regierung beendet war; er bezog sich dabei auf die israelischen Angriffe gegen die französischen Haltung in dieser Angelegenheit. Der Sprecher betonte, Frankreich habe für die Einladung der Palästinenser gestimmt, aber nicht für ihre Anerkennung. Der Sprecher fügte hinzu, Frankreich habe seine Stellung nicht *geändert und vertrete auch weiterhin* die Meinung, Israel habe das Recht, in Frieden und in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben.

Die Forderungen der PLO auf der UN-Vollversammlung

...AFP) — Wie die liba- ...Zeitung „Al-Nahar" ...ird Jassir Arafat als ...ter des Aktionskom- ...PLO nach New York ...n dort an den Ver- ...a der UN-Vollver- ...über das Palästina- ...teilzunehmen. Arafat ...Reise erst nach den ...m Kongress der Ver- ...taaten antreten. Die- ...finden am 5. Novem- ...Jahres statt.

...Leiter der Propagan- ...ng im Aktionskom- ...PLO der libanesischen ...itteilte, wird die De- ...r Palästinenser bei der ...rsammlung folgende ...en vorbringen:

...kennung der PLO als ...e und einzige Vertre- ...*palästinensischen* Vol- ...die Anerkennung des ...lle Mittel im Kampf ...ationalen Rechte der ...er anzuwenden;

...tbestimmungsrecht der ...er und Recht auf na- ...bständigkeit im Rah- ...Gründungsurkunde und ...lüsse der UN.

...rkennung des Rechts ...inensischen Flüchtlin- ...echend der UN-Be- ...ihr Vaterland zurück-

...onen des UN-Sekreta- ...einen allfälligen Be- ...r UN-Vollversamm- ...die Forderungen der ...er in die Wirklich- ...setzen und zu verhin- ...ein solcher Beschluss ...*ls moralische* Empfeh- ...hen bleibt.

...recher der PLO er- ...iter, *dass Arafat* von ...bordnung arabischer ...ter begleitet werden ...er *Delegation* werden ...rscheinlich angehören: ...König von Marokko; ...Präsident des Liba- ...umedienne, Präsident ...rien und Muchamad ...ident von Somali, wel- ...it auch Präsident der ...on für die Einheit Af-

Man erwartet, dass bei dieser Vollversammlung zwei Neuerungen eintreten werden: Zum ersten Mal wird *ein Afrikaner zum* Leiter der UNESCO (der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) gewählt werden und Vertreter der Palästinenser werden als Beobachter zugelassen werden.

Eines der ersten Themen auf der Tagesordnung wird die Abstimmung über den Beschluss des Exekutivkomitees sein, demzufolge Vertreter der PLO als Beobachter zur Vollversammlung einzuladen sind. Unterrichtete Beobachter nehmen an, dass dieser Beschluss bestätigt werden wird — umsomehr als die UN-Vollversammlung bereits die Zulassung von PLO-Beobachtern zu *den Verhandlungen über das Palästina-Problem* bestätigt hat.

...-BEOBACHTER ...DER UNESCO

...ndet die Vollversamm- ...UNESCO statt. Es wer- ...die Vertreter von 132 ...nehmen und sie dürf- ...Wochen lang dauern.

DIE BEIRUTER ZEITUNG „EL SAFIR" BEHAUPTET:

Aegypten und Syrien lehnten Kissingers Vorschläge ab

Die pro-libysche, in Beirut erscheinende Zeitung „El-Safir" behauptet, die ägyptischen und syrischen Staatsführer hätten jene Vorschläge abgelehnt, welche ihnen in den letzten Tagen vom amerikanischen Aussenminister Dr. Henry Kissinger gemacht worden waren.

Wie die Zeitung weiter mitzuteilen weiss, hat Kissinger in Damaskus aus Assads Munde gehört, dass sich Syrien nur zufrieden geben werde mit einem völligen Rückzug Israels aus den eroberten Gebieten und der Rück*erstattung der Rechte* des palästinensischen Volkes. Nach Ansicht der syrischen Führer ist über diese beiden Punkte bei der Genfer israelisch-arabischen Friedenskonferenz zu verhandeln, und zwar in Anwesenheit von Vertretern der Sowjetunion und der Palästinenser.

Kissinger soll demgegenüber vorgeschlagen haben, sich mit einem weiteren 6 Kilometer tiefen israelischen Rückzug im Golan zu begnügen. Dies ist seiner Meinung nach der einzige Rückzug, dem Israel jetzt oder in Zukunft zustimmen wird.

Die Zeitung weiss auch zu berichten, dass der amerikanische Aussenminister in Aegypten vorgeschlagen hat, Israel solle sich im Sinai um weitere 50 km zurückziehen. Demgegenüber forderte *Kissinger* von Syrien und von Aegypten als Gegenleistung für die erwähnten israelischen Gebietsabtretungen eine *Erklärung* über die Beendigung des Kriegszustandes abzugeben. Kissinger soll die arabische Forderung nach einer Teilnahme von Vertretern der Palästineser bei der Genfer Konferenz abgelehnt haben.

Die Vereinigten Staaten sind — wie „El-Safir" berichtet — interessiert daran, dass zwischen Jordanien und Israel Verhandlungen über ein Truppenentflechtungsabkommen begonnen werden. Der libanesischen Zeitung zufolge soll König Hussein *mit der Errichtung eines palästinensischen Staates* einverstanden sein — unter der Voraussetzung, dass dies im Rahmen eines Vereinigten Haschemitischen Königreichs geschieht.

Aegypten fordert Einstellung der UN-Hilfe fuer Israel

Der Vertreter Aegyptens bei der UNO, Ismet Abdel Magid, rief dieser Tage die Vereinigten Nationen auf, die Unterstützung Israels einzustellen und die Rückzahlung aller jener Unterstützungen zu verlangen, die Israel in der Vergangenheit erhalten hat.

Magid sagte in der Wirtschaftskommission der UN, dass auch die fruchtbarste Fantasie Israel nicht als Entwicklungsstaat bezeichnen könne. Jede Unterstützung, die Israel aufgrund des Entwicklungsplanes der UN erhalten hat, soll laut Magid zurückgezahlt und an weniger entwickelte Staaten verteilt werden.

Der ägyptische Vertreter behauptete, Israel habe bereits tausende Millionen Dollars erhalten, wobei er auf die amerikanische Unterstützung Israels Bezug nahm. Er erklärte auch, die massiven Waffenlieferungen *Amerikas* verstärken nur die aggressive Politik Israels, was unter anderem seinen Ausbruch *in immer wiederkehrenden* israelischen Aktionen gegen den Süd-Libanon seinen Ausdruck findet.

SAUDIEN BEHEBT GOLD IN DEN USA

Washington (R) — Wie das amerikanische Handelsministerium mitteilt hat Saudien in den Monaten Juli—August dieses Jahres fast 58 Tonnen Gold im Werte von 362 Millionen Dollar behoben. Das Gold wurde Saudien mit 42.22 Dollar pro Unze berechnet, gegenüber dem Preis von 155 Dollar pro Unze, welcher in London, Zürich und Paris im privaten Goldhandel bezahlt wird.

Beamte des amerikanischen Handelsministeriums sagten, sie wüssten nicht, ob dieses Gold tatsächlich nach Saudien ging oder nach einen anderen Staat. Dieses Gold hatte sich im Verlauf von mehreren Jahren angesammelt, als verschiedene Staaten für Rohöl auch in Gold zahlten. Es war von Saudien in Amerika hinterlegt worden.

...ere geliebte Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter und

HEDWIG MOELLER

geb. MAINZ

...rz vor ihrem 85. Geburtstag von uns gegangen.

Beerdigung findet heute, Donnerstag, 17.10.1974 ...45 Uhr nachmittags von der städtischen Beerdigungs- ...Daphnastr. 5, Tel-Aviv aus, nach Cholon statt.

DIE TRAUERNDE FAMILIE

...n tiefer Trauer geben wir das plötzliche Ableben ...s Mannes, unseres Vaters, Schwiegervaters, Gross- ...Bruders

...ELLIK SCHAERF

(BERHOMETH)

...nt.

...Die Beerdigung findet **HEUTE, Donnerstag,** ...ktober 1974 statt.

...uskunft über die Zeit der Beerdigung Tel.: 04-731792.

Im Namen der trauernden Familie:
ERNA SCHAERF

IAP-Zentrale billigt mit grosser Mehrheit Koalitionsbeitritt der Religiös-Nationalen

Mit der grossen Mehrheit von 151 gegen nur zwei Gegenstimmen *und fünf Stimmenthaltungen* billigte die Zentrale der Israelischen Arbeitspartei den Koalitionsbeitritt der Religiös-Nationalen Partei aufgrund des Vorschlags von Ministerpräsident Jizchak Rabin.

Ministerpräsident Jizchak Ra*bin hatte der Parteizentrale er*läutert, warum er einen Koalitionsbeitritt der RNP aufgrund *des Status quo empfehlen würde.*

In diesem Status quo gibt das Koalitionsabkommen eingeschlossen, das im Kabinett von Frau Golda Meir am 13. März dieses Jahres *getroffen* wurde. Nachdem aber der allgemeine Wunsch nach einer Neufassung *der Staatsbürger-Verordnungen* besteht, schlage er eine Aenderung des dritten Absatzes vor. *Die Frage „Wer ist Jude?"* soll einem Ministerausschuss zur Behandlung übergeben werden. *Hierbei muss berücksichtigt* werden, dass die Kernfrage, nämlich der Uebertritt zum Juden*tum im Ausland*, einen religionsgesetzlichen Begriff darstellt. Der Ministerausschuss soll jedoch *innerhalb* eines Jahres *eine* Lösung dieses Problems finden, die freilich die Zustimmung aller Koalitionspartner finden muss. Zugleich soll dieser Ministerausschuss, und zwar innerhalb von drei Monaten, die Frage prüfen, wie den Forderungen nach einer Aenderung der Registrierung der Staatsbürger entsprochen werden kann.

Dr. Meir Avisohar hatte beantragt, zunächst über die Frage der illegalen Siedlungsversuche im Westufergebiet zu beraten. Die Parteizentrale schloss sich jedoch nicht dem Vorschlag an, die RNP zu einer Distanzierung von diesen Siedlungsversuchen zu verpflichten.

RNP-Generalsekretär Zwi Bernstein empfing die Nachricht mit grosser Freude und brachte *zum Ausdruck, dass die grosse* Stimmenmehrheit innerhalb der IAP für einen Koalitionsbeitritt *der Religiös-Nationalen* die Wichtigkeit dieses Anliegens unterstreiche. Die RNP erwartet heute das offizielle Angebot des Ministerpräsidenten. Bereits für morgen wurde die RNP-Zentrale einberufen.

WEITERE ANSIEDLUNGSVERSUCHE

Auch gestern versuchte wiederum eine Gruppe von mehr als hundert Siedlungswilligen eine Ansiedlung im Gebiet von Mesha, ungefähr sieben Kilometer jenseits der „grünen Linie" in der Nähe des arabischen Dorfes Kafr Kassem.

Die Siedler wurden von Militäreinheiten ohne Anwendung von Gewalt zurückgeschickt.

Andere Jugendliche versuchten sich bei Ejn Sinia an der Chaussee von Ramalla nach Nablus niederzulassen. Auch dieser Versuch wurde von den Sicherheitskräften rechtzeitig bemerkt und verhindert. Die Gruppe wurde zurückgeschickt.

Beide Siedlungsversuche wurden ohne Anwendung von Gewalt verhindert. Einige Siedler hatten jedoch zuvor angekündigt, dass sie bereit wären, sich auch mit Gewalt im Westufergebiet anzusiedeln.

MEHRHEIT FUER GENEHMIGTE ANSIEDLUNG

Eine Mehrheit von 71.2% unter 500 vom „Dahaf"-Institut befragten Bewohnern der grossen israelischen Städte sprachen sich für eine jüdische Ansiedlung im Westufergebiet mit Genehmigung der Regierung aus. Nur 13,6% der Befragten lehnen eine solche genehmigte Ansiedlung ab, während sich 15.2% nicht entscheiden konnten.

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei Beurteilung *der derzeitigen* Ansiedlungsversuche ohne Genehmigung der Regierung. *Diese rechtfertigten nur* 28.2% der Befragten, während sie 58.6% ablehnten; 13.2% konnten sich nicht entscheiden.

Der Verteidigungsminister spricht vor den Truppen des Panzercorps

(WT) — „Wir sind zu politischen Gesprächen mit allen unseren Nachbarn und mit jedem von ihnen im besonderen bereit. *Heute nicht weniger als früher* ist jedoch Zahal bereit jeden Angriff abzuwehren" — so sag*te gestern der Verteidigungsmi***nister Schimon Peres** bei einer Veranstaltung ds Panzercorps. Der *Verteidigungsminister* erklärte in dieser Ansprache, die Panzerkämpfe im Jom Kippur-*Krieg seien die schwersten* gewesen, welche die Geschichte kennt. Bei diesen Kämpfen wurden 3000 Tanks vernichtet. Trotz der zahlenmässigen Ueberlegenheit der Araber verloren wir je einen Panzer auf 5 vernichtete arabische Tanks.

Die Veranstaltung fand anlässlich des Tages der Panzerwaffe statt. welcher gestern gefeiert wurde. Schimon Peres fuhr fort und sagte: „Wir haben eine schwere Zeit hinter uns, aber so tief der Schmerz ist, so schnell haben wir uns doch erholt." Der Verteidigungsminister schloss seine Ansprache mit den Worten: „Panzersoldaten, das ganze Volk blickt auf euch mit Bewunderung und Hoffnung!"

Fords »Zehn Gebote«

Kansas City (APF) — Bei einer Ansprache, welche er vor einer Farmer-Organisation in Kansas City, Missouri, hielt, formulierte der Präsident der Vereinigten Staaten Gerald Ford folgende „Zehn Gebote" für den Kampf gegen die Inflation:

- sorgt dafür, dass Euer Familienbudget ausgeglichen ist und fordert das Gleiche von den Repräsentanten der Administration;
- wartet mit Käufen gegen Kredit, bis der Zinsfuss gesunken ist;
- spart soviel Geld als nur irgend möglich;
- schränkt den Verbrauch an Brennstoff dadurch ein, dass Ihr nicht schneller als 88 km pro Stunde fährt und benützt möglichst auch Fahrräder;
- erhöht weder Preise noch Gehälter ohne absolute Notwendigkeit:
- wartet mit Einkäufen möglichst auf die Ausverkäufe zum Saisonschluss;
- produziert möglichst viel selbst und legt Gärten an zur Eigenproduktion von Gemüse und Obst;
- helft Abfälle in den Produktionsprozess zurückzuführen;
- vermeidet Verschwendung u. tilgt die Meinung, nach welcher die Amerikaner die „grössten Verschwender der Welt" sind:
- sorgt für gute Gesundheit, denn Krankheiten stellen die grösste Verschwendung in Amerika dar.

Ford hielt diese entschlossene Ansprache, als er den schweren Wahlkampf der Republikaner im *Mittleren Westen eröffnete. In* diesem Wahlkampf versuchen die Republikaner bei den Kongresswahlen am *5. November* ihre Positionen zu behaupten. Vor seiner Rede traf Präsident Ford reiche Unterstützer seiner Partei, von welchen jeder an die 1.000 Dollar dafür bezahlte, dass er mit dem Präsidenten Kaffee trinken konnte.

★ ★ ★

Likud-Protest

Die Affäre um die „Israel Corporation" soll nunmehr von der Finanzkommission der Knesset behandelt werden.

Gegen diese Entscheidung legte die Likud-Fraktion heftigen Widerspruch ein. An der Spitze der Finanzkommission steht nämlich MdK Israel Kargmann von der Maarach-Fraktion, während die Wirtschaftskommission der Knesset, die bisher diese Affäre behandelte, unter dem Vorsitz von MdK Schmuel Tamir von der Likud-Fraktion steht. *Der Likud vermutet*, dass die Uebertragung an die Finanzkommission nur dazu dienen soll, die gesamte Affäre um die „Israel Corporation" zu verschleiern.

ISRAELISCHE TECHNIKER IM HAFEN VON AKABA

Israelische zivile Techniker aus dem Hafen von Ejlat bemühen sich seit gestern um ein Schiff, welches die Panama-Flagge führt und das vor einigen Tagen von einem israelischen Kriegsschiff nach Akaba abgeschleppt wurde.

Das Schiff hatte um Hilfe gebeten, als es sich 30 Meilen südlich von Scharm-e-Scheich befand. Es war vor drei Tagen aus Akaba mit einer Ladung von Phosphaten ausgelaufen aber unterwegs leck geworden.

Die Schweizer stimmen ueber die Ausweisung von Fremden ab

Genf (AFP) — Uebermorgen wir din der Schweiz eine Volksabstimmung stattfinden, bei welcher darüber abgestimmt wer*den wird, ob die Zahl der in* der Schweiz lebenden Fremden von einer Million auf eine halbe *Million* beschränkt werden soll.

*Die Initiative zu dieser Volks*befragung geht von einem „Nationalen Aktionskomitee" aus und ihr *Zweck* ist es zu erreichen, dass bis Januar 1978 die Zahl der in der Schweiz lebenden Fremden auf eine halbe Million reduziert wird.

Ausserdem bemüht sich dieses *Komitee* darum, dass die Zahl der Fremden, welche die schweizer Staatsbürgerschaft erhalten, *auf 4000 jährlich* beschränkt wird.

Die politischen Parteien, die Gewerkschaften sowie die Kirchen und zahlreiche andere Organisationen der Schweiz *haben* ihre Ablehnung der erwähnten Initiative ausgedrückt.

DAS WETTER

Temperaturen: Jerusalem 21—32, Tel Aviv 20—31, Haifa 24 31, Galil 22—29, Kinneret 20—35, Afula 16—37, Lod 18—37, Totes Meer 19—40, Beer Schewa 18—37, Ejlat 24—40 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV - JAFO
P. P. — שולם
139

هكذا من الأصل

aus Israels PRESSE

DIE PLO MUSS ENTLARVT WERDEN

Maariw kommentiert die wahren Absichten der arabischen Politik in der Frage der Abstimmung über die PLO. Alle Araber wollen offenbar eine Aufhebung des UN-Beschlusses vom 29. November 1947 über die Bildung eines jüdischen Staates in einem Teil des Landes Israel erreichen. Die extremeren Politiker suchen dieses Ziel auf dem direkten Wege, die übrigen auf dem Umweg über die Terroristen, die gestärkt werden sollen, um durch ihre Aktionen schliesslich auch eine Vernichtung Israels erreichen zu können.

Für **Jediot Achronot** wäre es unvorstellbar, dass in der UN über die Zulassung einer antisowjetischen Widerstandsgruppe oder auch nur über die Zulassung der antibritischen Iren entschieden wird. Die Welt hat sich schon zuviel in Verhandlungen mit den Arabern eingelassen, dass sie offenbar den Unterschied zwischen einem Staat und einer Terrororganisation nicht mehr erkennt.

Dawar hält es für überflüssig, weiter über die Ungesetzlichkeit der Zulassung von Terroristensprechern zur UN-Vollversammlung zu diskutieren. Die Situation in der UN ist kritisch genug und kann nicht mehr übertüncht werden. Die einzige Aufgabe, die der israelischen Regierung nun noch übrigbleibt, ist eine umfassende Aufklärungsaktion über den wahren Charakter dieser „Befreiungsorganisation".

Omer will allen Staaten, die für die Zulassung der PLO gestimmt oder sich wenigstens der Stimme enthalten haben, überflüssige Vorwürfe ersparen. Es muss diesen Staaten zugute gehalten werden, dass sie einfach Angst vor einer Konfrontation mit den Terroristen hatten.

Jerusalem Post bedauert, dass ein Staat wie die Antilleninsel Grenada mit einer Bevölkerung von 104.000 Negern das gleiche Entscheidungsrecht über die PLO-Zulassung besitzt wie z. B. die Sowjetunion; für viele solcher Staaten gilt Israel offenbar als ein „Kolonialstaat", der kein Existenzrecht mehr hat, während die Palästinenser „befreit" werden müssen. Bedauerlicher ist die Haltung Frankreichs, das sich anscheinend mit allen gutstellen will. Der bevorstehende Besuch des französischen Aussenministers Jean Sauvagnargues in Israel könnte vielleicht eine neue Periode der Annäherung zwischen Frankreich und Israel einleiten.

DIE SIEDLER UND IHRE FREUNDE

Hazofe und **Schearim** fordern die Freilassung von Raw Löwinger und Chanan Porat. Die Siedlungsbewegung hat offenbar viele Anhänger in Israel und ein scharfes Vorgehen gegen sie wäre daher nicht angebracht.

Al Hamischmar findet es höchst unangebracht, dass sich ausgerechnet Mosche Dayan, dessen „Konzeptionen" über das Westufer beinahe zu einer nationalen Katastrophe geführt hatten, durch seine Unterschrift unter den Likud-Aufruf zur Politik der Regierungsopposition bekennt. Seine Erklärung, dass er sich nur zum „Inhalt" dieser Politik, nämlich der Verweigerung einer Rückgabe von Judäa und Samaria an eine fremde Macht, nicht aber zur „Form" der Ansiedlungen ohne Genehmigung der Regierung bekennt, ändert nichts an der Tatsache, dass sich Dayan mit den Drahtziehern und Brückenzerstörern identifiziert.

UNANGEBRACHTE HILFE FUER ROSENBAUM

Haarez wundert sich dass sich der Ministerpräsident und der Finanzminister ganz offiziell für eine Rettung von Dr. Tibor Rosenbaum einsetzen. Wenn eine solche Hilfe wirklich erfolgreich sein soll, müsste sie schon in aller Stille und auf wirkungsvollere Weise geschehen.

Hamodia sieht noch viele Fragezeichen in dieser ganzen Affäre, aber eines ist ohne Zweifel klar —die „Israel Corporation" hat Gelder bei Dr. Tibor Rosenbaum deponiert und muss hierüber Rechenschaft geben.

In tiefer Trauer geben wir das Ableben meines sehr teuren Gatten

LEO MENDELSOHN

(vormals Berend — Danzig)

bekannt.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 17.10.74 statt. Autobus steht zur Verfügung, vom Ichilow, Dafnastr. 5, um 11 Uhr vormittags, nach dem Friedhof in Cholon.

FRITZI MENDELSOHN und Familie

In tiefem Schmerz geben wir das Ableben unserer geliebten

FRIEDA SIEBNER ז"ל

bekannt.

Die Beerdigung findet **heute, Donnerstag**, 17.10.74 um 14.30 Uhr von der städtischen Beerdigungshalle, Tel-Aviv, Daphnastr. 5 aus, in Cholon statt.

DIE TRAUERNDE FAMILIE

Unsere geliebte Mutter, Grossmutter, Schwester und Tante

SARA (SALLA) WOLFF ז"ל

geb. KURZ

hat uns nach langem Leiden für immer verlassen.

Die Beerdigung findet **heute, Donnerstag**, 17.10.74 um 15.00 Uhr von der städtischen Beerdigungshalle, Tel-Aviv, Daphnastr. 5 aus, in Cholon statt.

In tiefem Schmerz:

ADINA und RUBEN LICHTNER,
Kibbuz Giwat-Chaim-Hameuchad
MIRIAM SPIELMANN und Familie,
Schwester, Tel Aviv
GUSTA SCHMALZ und Familie,
Schwester, U.S.A.
BENNO KURZ und Familie,
Bruder, U.S.A.
AWITAL und RONI LICHTNER,
Enkel
und die Familien im In- und Ausland

Baron Rothschild wurde nicht über IC-Krise inform[...]

Die israelische Regierung wusste bereits am 12. September über die Finanzschwierigkeiten von Dr. Tibor Rosenbaum. An diesem Tage war Dr. Rosenbaum nach Israel gekommen und hatte staatliche Institutionen um Finanzhilfe gebeten. Die Regierung hat jedoch die Situation geheimhalten wollen. Erst zehn Tage später gelangten die ersten Gerüchte aus der Schweiz in die israelische Presse. Nicht einmal Baron Edmond de Rothschild, der Vorsitzende des Direktorenausschusses der „Israel Corporation" wurde über diese Affäre informiert, bevor sie in der gesamten Oeffentlichkeit bekannt wurde, was ihn begreiflicherweise verärgern musste.

In diesem Sinne soll sich Benno Gitter, der noch im „Tel Haschomer"-Krankenhaus hospitalisiert ist, dem Staatskontrolleur Dr. Jizchak Nebenzahl gegenüber geäussert haben.

Als erste Massnahme hatte die Regierung auf Vorschlag des Finanzministers den damaligen IC-Generaldirektor Michael Zur sowie Jacob Lewinson, den Generaldirektor der „Bank Hapoalim", nach Deutschland entsandt, um dort eine Rettung der „International Credit Bank" zu versuchen. An den Besprechungen in Frankfurt nahm auch Frau Luba Tübner, die Kalkulatorin der „Israel Corporation", teil. Baron Rothschild hatte inzwischen von Prof. Hesselbach, einem überzeugten Freund Israels, über die Krisensituation erfahren und eine Notstandssitzung des Direktorenausschusses nach Paris einberufen. Indessen verhandelte Michael Zur weiter in Frankfurt, wo er als der allein bevollmächtigte Vertreter der „Israel Corporation" galt, während er in Paris bereits als Generaldirektor abgesetzt war.

Am 2. Oktober hatte sich Generaldirektor Lewinson bereiterklärt, zusammen mit sozialistischen Banken Deutschlands die „International Credit Bank" zu erwerben, jedoch nur unter der Bedingung, dass ein neues Konsortium entsprechend den Forderungen dieser Bankengruppe gebildet wird. Nach dreistündiger Erörterung mit den Rechtsberatern der „Israel Corporation" und den Generaldirektoren Ernst Japhet von der Bank Leumi und Daniel Recanati von der Bank Discount wurde jedoch dieser Vorschlag als ungeeignet abgewiesen.

AGMON ALS REGIERUNGSVERTRETER

Inzwischen wurde dem Finanzminister Jehoschua Rabinowitz und dem Direktoriumsvorsitzenden Baron Edmond de Rothschild vorgeschlagen, dass Abraham Agmon, der Generaldirektor des Finanzministeriums, die israelische Regierung im Direktorenausschuss der „Israel Corporation" vertrete. Die Regierung verfügt über sieben Prozent der Aktien dieser Gesellschaft.

Benno Gitter ist jedoch sehr über die Tatsache enttäuscht, dass Agmon nicht sofort nach Zustellung dieses Angebots nach Israel zurückgekehrt ist und sich auch nach seiner Rückke[...] nicht zu dieser Ernenn[...] äussert hat. Darum wil[...] seinen „Privatvorschlag" [...] mehr aufrechterhalten [...] die Ernennung eines ande[...] gierungsvertreters ansuche[...]

ENTSCHEIDENDE DIREKTORIUMSSITZ[...]

Morgen wird in Paris [...] der Direktorenausschuss [...] rael Corporation" zusam[...] ten.

Auf dieser Sitzung so[...] Entscheidung über die ko[...] den Massnahmen fallen. [...] Vorschläge stehen zur W[...] die Beschlagnahme der [...] lien von Dr. Tibor Rose[...] zur teilweisen Deckung de[...] luste oder aber die Teilnah[...] den Versuchen zur Rettu[...] „International Credit Ban[...] dieser Sitzung werden die [...] toriumsmitglieder aus alle[...] erwartet.

Der Direktorenausschuss [...] nicht daran zu glauben, d[...] Initiativvorschläge der [...] schen Regierung zu einem [...] führen können. Die Gen[...] rektoren der drei Gross[...] haben sich zwar bereit e[...] entsprechend der Bitte de[...] nisterpräsidenten nachzu[...] ob Möglichkeiten zur R[...] der Bank bestehen, sind [...] offenbar nicht davon übe[...] dass sich auf staatlicher [...] ein positives Ergebnis er[...] lässt.

Investitionspolitik muss gründlich überprüft werden

Etwa eine Milliarde IL, ein Drittel der Gesamtinvestitionen des vergangenen Jahres in Höhe von 3.1 Milliarden IL, wurden gut angelegt — davon 140 Millionen IL als Zuwendungen, 300 Millionen IL als subventionierte Anleihen, fast 500 Millionen IL als Vergünstigungen der indirekten Steuern und 100 Millionen IL als Erleichterungen der direkten Steuern. Dies ergab sich aus einer Untersuchung von Dr. Amir Barnea von der Universität Tel Aviv.

Zugleich unterwarf Dr. Barnea die Durchführung des Investitions-Förderungsgesetzes einer scharfen Kritik. Es muss eine bedeutende Differenz zwischen den von der Investitions-Zentrale bewilligten Förderungsmassnahmen und den tatsächlich geleisteten Investitionen festgestellt werden. Bereits im Jahre 1971 hatte sich ergeben, dass die bewilligten Investitionen mit einem Gewinn bis zu 35% rechnen können, während die nichtbewilligten höchstens einen Gewinn von 11% erzielten.

Dr. Mosche Mandelbaum, der Generaldirektor des Handels- und Industrie-Ministeriums, bekannte sich zur Beibehaltung der Investitionsförderung. Die Landesindustrie muss weiter entwickelt werden und zudem die Möglichkeit zur Eingliederung der Akademiker erhalten: einer besonderen Förderung bedürfen die Entwicklungsorte. Es haben aber bereits Beratungen über zwei wesentliche Aenderungen in der Investitionspolitik begonnen. Zunächst sollen mehr Anleihen und weniger Zuwendungen gegeben werden, wobei jedoch den Industriebetrieben die Möglichkeit offenstehen wird, anstelle von Subventionen auf die Anleihen eine Finanzierung durch Zuwendungen zu erhalten. Ein zweiter Vorschlag geht dahin, anstelle von Befreiungen von den indirekten Steuern Vergünstigungen für Anleihen und Zuwendungen zu gewähren. Es besteht jedoch auch die Ansicht, keinerlei Erleichterungen für direkte Steuern zu gewähren, abgesehen von den Entwicklungsorten, denen auch Zuwendungen für die Heranbildung von Arbeitskräften gegeben werden sollen.

Prof. J. Gross von der Universität Tel Aviv bedauerte, dass eine Reihe klarer Verstösse gegen das Investitions-Förderungsgesetz festgestellt werden mussten. Der Oeffentlichkeit sollte durch Veröffentlichung der Liste aller Industriebetriebe, die solche Förderungen erhalten, Gelegenheit zur Nachprüfung gegeben werden.

BANK LEUMI FOERDERT EXPORT NACH ENGLAND

Die Tochterbank der Bank Leumi in Grossbritannien hat britischen Importeuren billigen Kredit für Einfuhren aus Israel zur Verfügung gestellt. Die Zinsen sind niedriger als sie sonst in Grossbritannien üblich sind. Für Importe aus Israel können britische Firmen bei der Londoner Zweigbank der Bank Leumi Kredite zu insgesamt 13% Zinsen erhalten, während bei den anderen grossen Banken 14 bis 15% üblich sind.

Die Londoner Zweigbank der BLL will auf diese Weise britische Firmen dazu veranlassen, ihre Geschäfte mit Israel zu erweitern. Dazu stellt die Londoner Zweigbank den Kunden in England viele weitere Dienste zur Verfügung und berät sie in allen geschäftlichen Angelegenheiten. Die neue Kreditregelung wurde vor kurzer Zeit eingeführt und hat sich bereits konkret im Abschluss einer Reihe von Geschäften ausgewirkt.

„UNION BANK" IN ASCHDOD

Vor einigen Tagen wurde die neue Filiale der Union Bank in Aschdod eingeweiht.

Die grosszügig geplante Filiale bietet ihren Kunden alle modernen Bankdienste, darunter auch persönliche Safes. In Folge des Teller-Schalterdienstes wird der Kundschaft unnötiges Warten erspart.

Der grosse Parkplatz wird sicher viele Kunden, besonders auch aus den Industrie- und Handwerkervierteln anziehen, deren Betriebe ausserhalb des Stadtzentrums liegen.

Wie in allen anderen Filialen der Union Bank, steht dem Publikum ein gutgeschultes Personal zur Verfügung, das u.a. besondere Fachleute auf dem Gebiet der Investitionen und Wertpapiere umfasst.

Leiter der Filiale ist **Avner Gareen**, ehemaliger Bürgermeister von Aschdod.

Die Polizei von Beer Schewa fand zwei Juwelendiebe

In Beer Schewa wurden Schmuckgegenstände im Werte von 300.000 IL gestohlen, jedoch schon nach fünf Stunden von der Polizei wiedergefunden.

Während sich der religiöse Inhaber eines Juweliergeschäfts zum Talmud-Studium begeben hatte, waren die Diebe in seine Wohnung eingedrungen und hatten dort sein Hemd gestohlen. Weil sich jedoch in der Tasche dieses Hemdes die Schlüssel zu seinem Laden befunden hatten, schickte er sofort seinen Sohn dorthin, der feststellen musste, dass der Laden ausgeraubt worden war. Als der Kommandant der Polizeistation, Raw-Pakad Abraham Malka, die Anzeige erhielt, fiel sein Verdacht sofort auf einen Jugendlichen, der bereits am Abend zuvor eine Straftat auszuführen suchte.

Ein Polizeiaufgebot umstellte sogleich das Haus, in dem dieser Jugendliche wohnte, doch wurde den Polizisten die Tür nicht geöffnet. Statt dessen drohte der Verdächtige mit einem Sprung aus dem Fenster, was ihm die Polizisten ausreden konnten. Daraufhin brachen sie die Wohnungstür mit einem schweren Hammer auf und begannen mit einer gründlichen Durchsuchung. Der Verdächtige und sein Freund hatten inzwischen versucht, die Beute zu verbergen. Die Polizisten fanden schliesslich einen Teil der Schmucksachen in der Toilette und einen anderen Teil in einem Kochtopf. Einige Juwelen im Wert von 20.000 IL fehlten noch. Sie wurden auf der Strasse gefunden, wo sie von den Einbrechern, offenbar in Unkenntnis ihres Wertes, weggeworfen worden waren.

GELDSCHMUGGEL IN DEN GAZA-STREIFEN

Die Zollbehörden in Nablus sind einer Bande auf der Spur, die grosse Mengen ägyptischer Pfundnoten auf den Schw[...] Markt des Gaza-Streifen[...] schmuggeln suchen.

Bereits vor drei Woche[...] den auf der Damia-Brüc[...] der Ueberprüfung eines [...] gen, der aus Jordanien z[...] gekehrt war, 30.000 ägyp[...] Pfund (etwa 300.000 IL) [...] nem Geheimfach entdeckt. [...] zwei Wochen wurden a[...] gleichen Stelle 10.000 ägyp[...] Pfund im Geheimfach eine[...] deren Lastwagens entdeckt. [...] Geld sollte bei einem Ag[...] in Nablus abgeliefert werden [...] inzwischen bereits verhaftet [...] de.

Aegyptisches Geld wird i[...] rael, obwohl es nicht geh[...] wird, als verbotene Auslands[...] rung betrachtet. Geschäfte [...] diesem Geld sind auch im [...] ufergebiet und im Gaza-Str[...] nicht erlaubt. Hinzu kommt, [...] die Beträge teilweise zur Fi[...] zierung feindlicher Aktionen [...] nen sollten. Es ist dies aber [...] erste Mal, dass ein solcher G[...] schmuggel im Westufer [...] entdeckt wurde.

Betrueger hinterliess eine Million IL Zahlungsverpflichtungen an Kreditgeber

Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mehr als einer Million IL dürfte der Versicherungsagent **David Sandu** aus Haifa hinterlassen haben, bevor er vor einigen Monaten spurlos verschwand. Seine Hauptopfer sind die Gemüsehändler, die ihm Gelder gegen Zinszahlung liehen, sowie die Taxibesitzer, die ihm zinslose Anleihen zur Verfügung stellten. Gewöhnlich gab Sandu vordatierte Schecks zur „Deckung", die jedoch von den Banken nicht eingelöst wurden. Ein Taxibesitzer lieh ihm auf diese Weise 20.000 Pfund. Sandu hatte gewöhnlich erklärt, dass er einen hohen Geldbetrag zur Zahlung des Zolls für Waren, die er aus Rumänien mitgebracht hatte, benötige.

Besonders beunruhigt die Geldgeber eine Aeusserung Sandus gegenüber einem Taxichauffeur, die erst jetzt bekannt wurde: „Ich muss mich wirklich darüber wundern, wie die Leute bereit sind, mir Geld zu geben. Ueberall kann ich Geld bekommen, keine Tür bleibt mir verschlossen. Die Menschen denken nicht viel nach, schenken mir ihr Vertrauen und keiner denkt, dass ich ihn betrügen könnte. Ich kann Millionen aufnehmen und dann das Land verlassen, nach Südamerika gehen, eine plastische Operation vornehmen lassen und mir neue Papiere beschaffen — und einen David Sandu gibt es nicht mehr." Nach diesen Worten soll Sandu laut aufgelacht haben. Der Taxichauffeur hielt daher alles nur für einen Spass, muss aber jetzt daran glauben, dass David Sandu dieses Programm wirklich durchführt.

Hoehere Gewerbesteuer auch in Ramat Gan

Die Stadtverwaltung von Ramat Gan muss im Rahmen der Budgeteinsparungen 120 Pensionäre entlassen, die aufgrund eines Sondervertrags zeitweilig angestellt waren.

Die Einsparungen verpflichten die Stadtverwaltung auch zu einer Einschränkung von Dienstleistungen, die nicht unbedingt erforderlich sind.

Auch in Ramat Gan wurde jetzt die **Gewerbesteuer** erhöht. Nur Geschäftsinhaber, die jährlich nicht mehr als 150 IL Gewerbesteuer zahlen, müssen keine Zuschläge entrichten. Geschäftsinhaber, die zur Zahlung eines höheren Betrages verpflichtet sind, müssen nun einen **Zuschlag von 50%** entrichten. Die Höchstgrenze wurde hierbei von 5.000 IL auf 10.000 IL heraufgesetzt.

Alle diese Massnahmen wurden auf der letzten Stadtratssitzung unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Israel Peled beschlossen. Zugleich wurde eine geschlossene Ausschreibung für den Bau von 17 Schutzräumen, davon zehn in Schulen und sieben in Wohnvierteln, beschlossen; hierfür steht ein Budget von 10 Millionen IL zur Verfügung.

NEUER PLATZ FUER TOMARKIN-STANDBILD

Bürgermeister Schlomo Lahat hat sich nun der Absicht angeschlossen, dass das Tomarkin-Standbild **nicht** vor dem Gebäude der Stadtverwaltung von Tel Aviv auf dem Kikar Malchej Israel aufgestellt werden soll.

Als neuer Standplatz war bereits das Dreieck Sderot Schaul Hamelech — Derech Petach Tikwa — Derech Haifa in Aussicht genommen worden, doch widersprechen diesem Plan die Partisanenverbände und die Vertreter von „Jad Waschem". Bürgermeister Lahat wird daher seinen Vorschlag, der zuerst von Vizebürgermeister Jizchak Arzi vorgebracht wurde, dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

…en Spielhöllen wird der Kampf angesagt

Von DAWACH

…inister Chaim Zadok …mit dem Rechtsberater …gierung. Rechtsanwalt …rangar, darüber einig, … Spielklubs eine „Brut- …n Verbrechen" darstel- … in erster Linie von …gen und gefährdeter …besucht werden. Diese …r lizenzieren, was seit …re 1971 als gesetzliche …g gilt, hat sich nicht …eichende Vorbeugungs- …ne erwiesen. Eine sol- …nz verpflichtet lediglich …altung der Sicherheits- …iene-Vorschriften, nicht … Verzicht auf verbote- … Darum soll nun der … ein Gesetzesvorschlag …rt werden, der höhere …und zugleich strengere … vorsieht.

…erboten gilt ein Spiel- … dem Billard-, Karten- …tomatenspiele durchge- …rden, bei denen Geld …ldeswert durch reinen …d nicht nur durch Ver- …oder Können gewonnen …ann. Wer solche Glücks- … seinem Spielklub, selbst …ser lizenziert ist, durch- …lässt, hat mit weitaus …n Strafen als bisher …en, nämlich mit drei …anstelle von derzeit ei- …r) Gefängnis und mit …L (anstelle von derzeit …) Geldstrafe. Wer solche …en Spiele führt, sei es … oder ausserhalb eines …s, wird mit einem Jahr …s bestraft.

…chliessung eines solchen …s kann künftig das Be- …mando der Polizei in …timmung mit dem Orts- …s durchführen. Gegen …chliessung kann Ein- …eim Bezirksgericht ein- …erden, während bisher …ür die Schliessung eines …s ein Gerichtsbeschluss …ich war.

des Urteil, weil er Vater einer elfköpfigen Familie ist. Doch Bezirksrichter Schlomo Elkajam erklärte, dass eine schwierige soziale Situation keinen Freibrief für die Ausführung einer Straftat darstellen kann.

Der Prozess gegen die elf übrigen Angeklagten wird fortgesetzt.

BOYKOTT KANN NICHT ERZWUNGEN WERDEN

Der Verband der Reisebüros hatte beschlossen, die Feier der Verleihung des Titels eines „ausgezeichneten Touristikunternehmens" im Amtssitz des Staatspräsidenten zu boykottieren und so einem Protest gegen die Nichtbeachtung seiner Forderungen Ausdruck zu verleihen. Einige Firmen nahmen dennoch an dieser Feier teil, darunter die „Kopel Tours Ltd."; der Verband beschloss daraufhin die Einleitung eines Disziplinarprozesses gegen diesen Betrieb und droht mit dessen Ausschluss aus dem Verband.

„Kopel Tours" reichte hiergegen durch die Rechtsanwälte Ram Kaspi und Uri Slonim eine Klage beim Bezirksgericht Tel Aviv ein. Hierin beruft sich das Unternehmen darauf, dass ein Boykott der Feier beim Staatspräsidenten nicht die geeignete Form zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten mit dem Touristikministerium sein kann und nur weitere Schwierigkeiten in der Branche zur Folge haben muss.

Bezirksrichter Schlomo Löwenberg schloss sich dieser Auffassung an und erliess eine gerichtliche Verfügung, die dem Verband der Reisebüros die Eröffnung eines Disziplinarprozesses gegen „Kopel Tours" verbietet.

UNANGEBRACHTER EHESTREIT

Beide Eheleute behaupten, dass das Auto von ihrem Geld gekauft worden ist; aber nur der Ehefrau steht als Neueinwanderin die volle Steuerbefreiung zu. Nachdem das Fahrzeug unter Nutzung dieses Rechts gekauft wurde, ist es ihr alleiniges Eigentum und darf von ihrem Ehemann nur mit ihrem Einverständnis benutzt werden.

So lautete das Klagebegehren einer jungen Frau aus Petach Tikwa und so fiel auch das Urteil des Bezirksgerichts Tel Aviv unter Vorsitz von Bezirksrichter Schlomo Löwenberg aus. Wäre das Fahrzeug gemeinsames Eigentum beider Eheleute, hätte beim Erwerb die volle Steuer gezahlt werden müssen. Nachdem dies nicht der Fall war, darf der Ehemann mit diesem Auto nicht gegen den Willen seiner Ehefrau fahren.

VERANTWORTUNG MIT GRENZEN

Bis zum Obersten Gericht ging die Schadenersatzforderung von zwei Sportbegeisterten, die vom Trampolin am Strand von Haifa stürzten. Diese beriefen sich darauf, dass es dort an Sicherheitsvorkehrungen fehlte, doch die Gesellschaft führte an, dass ja auf einem Schild und auch auf der Rückseite der Eintrittskarte vermerkt war, dass dieses Sportgerät — praktisch nur ein Tuch, mit vier Tauen an einem Eisenrahmen befestigt — lediglich für geübte Sportler bestimmt ist.

Dennoch hätte die Gesellschaft Sicherheitsvorkehrungen treffen und einen Sportwart anstellen müssen, erklärte das Gericht. Niemand muss eine Eintrittskarte, die ja nicht mehr als eine Quittung über das bezahlte Eintrittsgeld ist, daraufhin überprüfen, ob vielleicht auf der Rückseite irgendeine Warnung abgedruckt ist.

Weil aber auch die beiden Sportbegeisterten Nachlässigkeit an den Tag gelegt und dieses Gerät ohne entsprechende Vorbereitung benutzt hatten, müssen sie sich am Schaden beteiligen, der eine mit 30% und der andere mit 60%, aber den Rest der Schadenersatzforderung muss die Gesellschaft begleichen.

…HT NUR KLEINE …DER BESTRAFEN

…ann doch nicht als Ge- …eit bezeichnet werden, …n Matrose, der ein paar … ins Ausland mitnimmt, … und verurteilt wird, …l seine Vorgesetzten Mil- …Dollars auf ungesetzliche …m Ausland anlegen kön- …d dabei straffrei ausge- …e Direktorensessel behal- …l sogar noch ein Diszi- …richt bilden dürfen, das …nen kleinen Seemann ur- … sieht Mosche Levy, der …r des Seemannsverbandes, …nation in der ZIM-Di- … nach dem Rosenbaum- …lt.

… ist denn schliesslich für … Fehlinvestitionen verant- …r, ich vielleicht oder je- …eine Matrose, der seine …e monatelang verlassen …m für sie Geld zu ver- … Die ganze ZIM-Direk- … verantwortlich und muss …treten, denn sie hat Mi- …zar ernannt und ihm un- … Vollmachten übertragen …ann muss die Polizei … nachprüfen, wohin … Geld gekommen ist!" … Levy.

…Direktorium hat er- … die Investitionen in … von Dr. Tibor … ohne sein Wissen … seine Zustimmung er- …nd.

…R HAFENDIEBSTAHL VOR GERICHT

… erste Urteil im Prozess …en Rohmaterial-Diebstahl …afen von Aschdod wurde … gefällt: Vier Jahre Ge- …s für den Lastwagen- …eur Eli Abutbul.

… Angeklagte stehen jetzt … dem Bezirksgericht Beer …a wegen ihrer Teilnahme …iebstahl von 16 t Plastik- …aterial im Wert von rund …00 IL, das für die „Vered"- …e in Jerusalem bestimmt … Alle hatten die Schuld ab- …gnet — ausser Abutbul, der … ohne Rechtsanwalt vor …Gericht erschien. Er gab zu, …er die gestohlene Ware mit …n Lastwagen aus dem Ha- …on Aschdod herausgebracht

… bat zugleich um ein mil-

»Den Problemen entgehen«: Auswanderung als die beste Lösung?

„Mensch, Sie können ja nicht einmal richtig Hebräisch!" klang es aus aus dem Telefon. Der lachende Partner, unsichtbar, aber unüberhörbar, war ein Israeli, der in einer kleinen Stadt in der Nähe von New York lebt. Der Israeli, der mit ihm sprach, war ein Neueinwanderer, der gerade Verwandte, ebenfalls in dieser Zone, besuchte. Sein Hebräisch war noch nicht einwandfrei. Er sprach mit seinem Landsmann nur deshalb, weil die kleine Nichte „doch endlich einmal hören wollte, wie Hebräisch klingt". Nun aber machte sich der „Landsmann" über ihn lustig. Und da sagte unser neuer Israeli ganz ruhig: „Der Unterschied zwischen uns beiden, mein Freund, liegt wohl nur darin, dass Sie ein ausgezeichnetes Hebräisch sprechen, aber in Amerika wohnen. Ich dagegen spreche die Sprache noch nicht ausreichend, aber ich wohne in Israel". Auf der anderen Seite wurde es ganz still. Und dann kam die übliche Antwort: „Ich bin hier nur vorübergehend. Bald, ja bald, werde ich nach Israel zurückkehren."

Dieser, so ausgezeichnet Ivrit sprechende, Israeli in den Vereinigten Staaten, hatte die Probleme gelöst. Gab es Krieg, war er fern vom Schuss, gab es Schwierigkeiten, so kommentierte er sie, aber in Wirklichkeit gingen sie ihn nichts an. Sein Sohn konnte in einem der Überlebenskriege Israels nicht fallen, denn inzwischen war er auch amerikanischer Bürger geworden — mit seiner ganzen Familie übrigens. Er brauchte sich nicht mehr Gedanken darüber zu machen, was seiner Familie geschehen konnte. „Problem gelöst?" Ja wirklich? War er frei von all dem, was die Israelis berührte? Er war es nicht. Im Grunde seines Herzen weilte er bei den Israelis im Lande. Und er wusste, dass er Unrecht tat, weil er nicht unter ihnen war, wenn es um die nackte Existenz des Volkes ging.

Man mag es verstehen, wenn Mütter so reagieren. Man mag es verstehen, wenn sie an Auswanderung denken, um nicht zu dem gehören zu müssen, was trauernde Eltern darstellen. Man mag begreifen, dass, nach mehr als einem viertel Jahrhundert, Menschen genug davon bekommen, stets Opfer sein zu müssen. Aber ist wirklich die Flucht die Lösung aller Probleme? Wenn wir glauben, dass durch eine Flucht die Lebensfragen des jüdischen Volkes gelöst werden können, irren wir durchaus. Wer jemals im Lande Israel lebte, kommt davon nicht mehr los. Wer in Israel eine Fremdsprache gesprochen hatte, versucht, sobald er ins Ausland gelangt ist, soviel wie nur möglich Ivrit zu sprechen. Warum tut er das? Weil die Bindung mit dem Lande Israel so stark ist, dass er sich ihr nicht entziehen kann, wie immer er auch sonst reagieren mag.

Schicksal ist eine besondere Sache. Unser Schicksal ist zutiefst mit diesem Lande, dem Lande Israel, verbunden. Wer nicht jeden Stein, jedes Tal, jeden Berg erkannte, den er hier vorfand, der war es nicht wert, hierhergekommen zu sein. Natürlich, es gibt Juden, die das nicht empfinden. Das sind dann jene, die auswandern, die weggehen, denn das Land sagt ihnen nichts. Wer jedoch die Bande empfindet, die durch die Jahrtausende vorhanden blieben, die sich erhalten haben, der weiss, dass Israel hierher gehört, dass er selbst mit allem verbunden ist, was dieses Land bedeutet. Vielleicht liegt darin das wirkliche Wesen des Zionismus. Vielleicht ist hier das zu finden, was wir durch die Jahrtausende gesucht haben. Aber es ist und bleibt eine Tatsache, der wir uns nicht entziehen können. Und das Interessanteste liegt wohl darin, dass auch die Assimiliertesten unter uns dieses Gefühl nicht abzustreifen imstande gewesen sind.

Wir sind bedrückt. Das ist eine jener furchtbaren Folgen des Jom Kippur-Krieges. Aber klar ist, dass nur diejenigen auswandern, die glauben, sie könnten sich allem entziehen, was unsere echten Probleme sind. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob von dem „gesamten Lande Israel" die Rede ist, ob es sich



darum handelt, dass wir „keine Handbreit Boden" dieses Landes aufgeben wollen, oder ob es Menschen sind, die sich den Gegebenheiten der heutigen Zeit stellen und Kompromisse schliessen, um zu erreichen, dass ein jüdischer Staat bestehe, auch in einer Epoche, in welcher neue Nationen auftauchen, die bisher nicht bestanden hatten, die erst durch den Zionismus zum Leben erwachten.

Wer immer Israel verlässt, ist abgestempelt. Er kann in anderen Gebieten der Welt nicht mehr glücklich werden, so sehr er sich auch bemühen mag. Denn dieses Land hält uns gefangen. Gott sei Dank, sollten wir wohl sagen, — denn es ist unser Land, das uns zugeschworen wurde. Er mag den unmittelbaren Fragen entgehen, er mag so weit gelangen, dass er nicht mehr mit den wirklichen Opfern konfrontiert wird, aber er wird stets wissen, dass sein Leben von dem abhängt, was in Jerusalem, was in Israel geschieht.

Auswanderung ist keine Lösung. Wo immer sie hingehen mögen, sie werden sich nicht gänzlich wohlfühlen. Sie werden stets wissen, dass sie Fremde sind, was immer auch sie für sich in Anspruch nehmen sollten. Das ist vielleicht schwer, vielleicht sogar schmerzvoll, aber es ist eine Tatsache, die wir nicht missen können, da sie zu unserem Alltag gehört. Dadurch lernen wir, dass wir unseren Problemen nicht entgehen, wenn wir auswandern. Flucht ist keine Lösung.

Unser Schicksal ist unteilbar mit dem Lande Israel verbunden. Das gefalle uns oder es gefalle uns nicht. Wer immer den Weg zurückgefunden hat, der weiss, dass das Land Israel sein ist, und dass er ein Teil eben dieses Landes darstellt. Und eben darin liegt unsere ewige Stärke!

M. BIEL

Arafat geht auf Dummenfang aus

Von J. E. PALMON

Zu denjenigen, die der israelischen Propaganda gute Dienste leisten, hat sich letztens der Chef der Palästina-Befreiungsorganisation, Arafat, gestellt, der in einem Interview im „Spiegel" Israel ausgezeichnete Argumente geliefert hat.

Es ist an sich bedauerlich, dass die beiden Redakteure des „Spiegel" den Terroristen mit Händedruck wie ihren Freund begrüssten, aber dennoch haben sie ihn mit bohrenden Fragen nicht verschont.

Unter anderem wollten sie wissen, ob es für die Israelis im Nahen Osten nur die Alternative zwischen „Koffer und Sarg" gibt. Das stritt Arafat entschieden ab und erklärte, dass seine „Revolution" einen demokratischen palästinensischen Staat anstrebt, in dem „Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt und brüderlich nebeneinander leben". Über Grenzen wollte er sich nicht äussern, ausserdem schwieg er sich darüber aus, dass das Statut der Palästina-Befreiungsorganisation bis heute die „Gleichheit und Brüderlichkeit" nur denjenigen Juden zuerkennen will, die vor 1917 („vor Beginn der Zionistischen Invasion) auf dem Gebiete Palästinas gelebt haben. Er verschwieg ebenfalls, dass dieser Staat ein ausgesprochen arabischer Staat sein soll, in dem den Juden das Recht der Einwanderung verweigert werden soll: Hier sei nur daran erinnert, dass die arabische Delegation 1946 dem britischen Aussenminister Bevin einen Plan für einen solchen Staat vorlegte, der „demokratisch" sein sollte, wobei die Frage der Einwanderung der Mehrheit überlassen bleiben sollte. Dies hätte ein komplettes Einwanderungsverbot bedeutet, und auch der alles andere als pro-jüdische Bevin lehnte diesen Vorschlag entschieden ab.

Die Redakteure des „Spiegel" berührten dann bei ihren bohrenden Fragen auch das Problem der 40 Millionen Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkriege, die fast alle irgendwie eingegliedert sind und fügten hinzu: „Warum nicht die Palästinenser?"

Darauf antwortete Arafat: „In Palästina geht es um ein Vaterland und nicht nur um Flüchtlinge." Er verwies weiter darauf, dass geflüchtete Inder nach Indien und deutsche Flüchtlinge nach Deutschland zurückkehren konnten, dagegen „die Heimat der Palästinenser aber wurde gänzlich usurpiert."

Dieses Argument ist in mehreren Beziehungen unrichtig:

1) die Arabischen Nationalisten haben nach dem Ersten Weltkriege den Begriff Palästina überhaupt nicht anerkennen wollen, sondern verlangten, dass dieses Gebiet an Syrien anzuschliessen sei, weil es eigentlich Süd-Syrien ist. Erst kürzlich hat der syrische Präsident Assad auf dieses Argument zurückgegriffen.

2) Das vom Völkerbund akzeptierte Palästinamandat schloss ausdrücklich das Ostjordanland in das Mandat ein, nur wurden zeitweilig die Bestimmungen über das Jüdische Nationalheim für das Ostjordanland suspendiert. Das Ostjordanland wurde nie von d. Israelis „usurpiert", auch im Sinne der Argumente von Arafat (entgegen der syrischen Deutung) gibt es also ein „Palästina", das ihm zur Verfügung stehen könnte.

Am „interessantesten" wird Arafat an der Stelle, wo er gegenüber dem deutschen Journalisten, die er anscheinend für Dumme hält, erklärt: „Sie sollen wissen, dass die PLO Terror ablehnt ... Die Zionisten versuchen unsere militärischen Aktionen zu entstellen und als Terror abzutun ... Als Vorsitzender der PLO verurteile ich Terror."

Arafat beruft sich darauf, dass die UN inzwischen den „Widerstand" von verschiedenen Aufstandsbewegungen sanktioniert haben und möchte damit auch seinen Terror rechtfertigen, zu dem sogar die entsetzten deutschen Journalisten fragten: „Aber was soll man denn sonst zu Aktionen sagen, bei denen Schulkinder, Frauen und Flugpassagiere zerfetzt werden? ..."

Die Bewegung, an deren Spitze sich Arafat gestellt hat, nennt sich „Fedayin", und über diese Bewegung hat sich in viel treffender Weise als die deutschen Journalisten einst der damalige Chef der UN-Beobachter, General Burns, geäussert, der in den fünfziger Jahren an der Spitze der Waffenstillstandsorganisation im Nahen Osten stand. General Burns hat später ein Erinnerungsbuch „Zwischen Arabern und Israelis" veröffentlicht, in dem er mit den Israelis keineswegs freundlich umspringt, aber er hat sich veranlasst gesehen, zum Problem der Fedayin und ihrer Aktionen in folgenden Worten Stellung zu nehmen:

„Ich fühlte, dass die Entsendung der Gruppen durch die Ägypter, die sie mit dem Namen Fedayin oder Commandos beehrten, nur ein Verbrechen war. Denn diese Gruppen hatten die Aufgabe, Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied anzugreifen. Hier handelt es sich um Taten mit gleichem Charakter, wenn auch nicht in solchem Umfange, wie die Taten, für die die Naziführer in Nürnberg abgeurteilt wurden." Dieser Charakterisierung der Fedayin durch einen völlig unparteiischen fremden Offizier haben wir nichts hinzuzufügen.

Noch eine Bemerkung muss zu dem Interview gemacht werden, das Arafat den „Spiegel"-Redakteuren gegeben hat. Unter anderem sagte er: „Die Flinte allein dient höchstens Wegelagerern." Die Redaktion des „Spiegel" würde sich um die Geschichte des Nahen Ostens ein grosses Verdienst erwerben, wenn sie nochmals das erste Spiegel-Interview mit Arafat (damals noch unter seinem Decknamen Abu Amar) veröffentlichen würde. Dieses Interview war von einem Bild begleitet, auf dem Arafat mit einer Flinte bewaffnet aus dem Busch hervorkriecht — wie ein typischer Wegelagerer. Arafat hält die Menschen für Narren, aber trotzdem ist nicht alles vergessen, was sich von 1965 bis heute abgespielt hat.

Schildbuergerstreich beim Wohnungsbau im Ramot-Viertel von Jerusalem

Das Wohnbauministerium musste bestätigen, dass es beim Wohnungsbau für junge Ehepaare im neuen Viertel Ramot (Nebi Samuel) in Jerusalem offensichtlich einen Schildbürgerstreich gegeben hat.

Gemäss der Planung des Ministeriums wurden dort Zweizimmerwohnungen für junge Ehepaare mit einem Umfang von 86 qm gebaut, während gleichzeitig Dreizimmerwohnungen mit einem Umfang von nur 72 qm gebaut wurden. Der Sprecher des Wohnbauministeriums bestätigte, dass hier ein Planungsfehler vorliegt, der für die Zukunft vermieden werden muss. Hier handle es sich tatsächlich um eine sehr mangelhafte und unglückselige Planung.

Der Jerusalemer Bezirksdirektor des Wohnbauministeriums erklärte, die architektonische Planung in Jerusalem unterscheide sich von der in der Küstenebene, und oft seien Aenderungen in der Zimmerverteilung erforderlich. Der Vize-Direktor der Planungsabteilung im Wohnbauministerium äusserte sich dahin, dass in den Bergen mit Terrainunterschieden bis zu 25% manchmal Zimmer auch in kleineren Wohnungen erheblich grösser sein müssen. Bei ebenem Gelände können Wohnungen nach einer einheitlichen Planung „serienweise" gebaut werden, der Platz kann in logisch erscheinender Weise ausgenutzt werden, aber in den Bergbezirken machen die Terrainprobleme viel mehr Schwierigkeiten.



هكذا من الأصل

Droht China ein neuer Bürgerkrieg?

Mao Tse-tung bereitet China auf seinen Tod vor. Er warnt vor den Gefahren, die auf das Riesenreich zukommen, falls sich die zur Zeit um die Nachfolge streitenden Rivalen nicht einigen könnten. Das geht aus einer Diskussion in der Pekinger Presse über die Misere hervor, in die China vor 2000 Jahren geriet, nach dem Tod des immer wieder mit Mao verglichenen Kaisers. Tschin. Die Folgen von Tschins Tod, so schreibt das Pekinger Parteiorgan Rote Flagge,

Blick über die Grenzen

stellte eine hilfereiche politische Lektion für die Gegenwart dar.

Dazu gehört vor allem — wie aus den Artikeln geschlossen werden kann — die Gefahr, dass China nach Mao erneut in sich bekämpfende Regionen zerfällt und die Mao-Nachfolger die Allianz mit der Sowjetunion wiederbeleben könnten. In der Tat erscheint die Versöhnung mit Moskau als eine besonders akute Bedrohung.
pen im Norden" fürchten.

Diese Defätisten, so heisst es, machen sich für „eine Versöhnung der beiden Chefs" stark. Sie wollen, dass sich Mao noch vor seinem Tode zu einem Handel mit Breschnjew bereitfindet — offensichtlich, um der Gefahr eines späteren Kriegsansbruchs entgegenzuwirken. Die „Kapitulationisten" behaupten, so steht es in der Roten Flagge, dass „Territorien wertlos" seien, womit sie wohl auf Maos territoriale Forderungen in Sibirien anspielen, auf die sie verzichten möchten. Die sowjetische Militär- und Nuklearübermacht scheint diese Kräfte mit Schrekken zu erfüllen, denn man wirft ihnen die Dramatisierung der „Kriegsgreuel" vor, auf die sie hinweisen: „Die Nachwirkungen einer grösseren Militäroperation würden über Generationen hinaus zu spüren sein"; die Städte würden leer, das Land bliebe unbebaut, Mütter und Ehefrauen müssten in ständiger Angst leben. Diese Leute, so heisst es „verbreiten Defaitismus", indem sie darauf hinwiesen, „dass jeder Widerstand das Risiko der nationalen Versklavung in sich birgt". Das wollen sie anscheinend durch einen Kompromiss mit der Sowjetunion verhindern.

Wer sind sie und was wollen sie wirklich? Einigen Aufschluss darüber gibt ein anderer der „historischen" Zeitungsartikel. Er zeigt mit dem Finger auf Tschou En-lai, den kränkelnden Ministerpräsidenten, und seinen Stellvertreter, Teng Hsiao-ping, der vor kurzem, nach Verbüssung einer während der Kulturrevolution gegen ihn verhängten Strafe wieder voll rehabilitiert wurde u. inzwischen Tschous wichtigste Funktionen übernommen hat. Parallelen zwischen diesen beiden und jenen von der Roten Flagge beschriebenen historischen Persönlichkeiten sieht man auf den ersten Blick kaum. Aber beinahe jeder Machtkampf, der in Peking geführt wurde, war von ähnlichen Artikeln über die ferne Vergangenheit begleitet. Wenn sich dann später die Geheimnisse lüfteten, wurde klar, wie sehr sie den „historischen" Anspielungen entsprachen.

Tschou En-lai tritt in der Roten Flagge im Gewande eines gewissen Ministerpräsidenten Li aus der Tschin-Dynastie auf. Der Artikel beschreibt, wie Li zuerst Kaiser Tschin Schihhuang unterstützte (also Mao), um China zu einigen, das System zu stärken und Tschings Feinden in der Führungsgruppe entgegenzutreten. Einer dieser Feinde, Tschao Kao, „eine zwiespältige Persönlichkeit", sei „beinahe hingerichtet", dann aber wieder in seine alte Machtstellung eingesetzt worden und zwar als Kaiser Tschings rechte Hand. Wie ein Spiegelbild scheint dies auf den neuen starken Mann in Peking zu passen, den wieder zu Amt und Würden gekommenen Teng Hsiao-ping.

Als Kaiser Tsching sich dann ans Sterben machte, liess Tschao (Teng) das Testament verschwinden. Er ernannte einen jungen Prinzen als Nachfolger und verschwor sich mit dem Ministerpräsidenten (Tschou), um seinen eigenen Kandidaten zu krönen. Li (Tschou) war mit Tschaos (Tengs) Plan einverstanden, weil er dadurch seine eigene Stellung besser zu verteidigen hoffte. „Er beging den unentschuldbaren Fehler des Nachgebens und des Kompromisslertums"; dann versuchte er, seine Irrtümer zu korrigieren und den Kampf wiederaufzunehmen — „aber es war zu spät". „Die Tsching-Dynastie", so schreibt die Rote Flagge mit einem ominösen Unterton, „wurde bloss drei Jahre nach dem Ableben Tschings zerstört."

Die Moral von der Geschichte ist, dass auch Maos Lebenswerk so zerstört würde, es sei denn, Tschou En-lai und Teng Hsiao-ping akzeptierten Maos Nachfolge-Vorschläge. Sie enthalten die Namen jener jüngeren und radikaleren Parteiführer, die im vergangenen Jahr auf dem 10. Parteikongress ins Politbüro aufgenommen wurden und seither mit Tschou En-lai und Teng um die Führungsspitze kämpfen.

Der jüngste von ihnen, der 39jährige Wang Hung-wen aus Schanghai, tritt seit kurzem in Paradeuniform auf. Es sieht ganz danach aus, als wolle er die Kontrolle über die Armee gewinnen, ohne deren Unterstützung die Schanghaier Fraktion keine Chance hätte, Maos Nachfolgeschaft zu übernehmen. Aus der Reaktion der chinesischen Zeitungen, die Kritik übten am Widerstand der Armee gegen die Führungsrolle der Partei, kann geschlossen werden, dass auch die Generäle Maos Nachfolgeordnung nicht akzeptieren.

Nach aussen hin enthalten diese Artikel zwar einen weiteren Angriff gegen Lin Piao, den General, der einst Maos designierter Erbe war. Aber sie haben im Grunde mit Lin Piao so wenig zu tun wie die historischen Ausführungen über den Kaiser Tschin. Sie beschäftigen sich vielmehr mit Dingen, die jetzt und hier und nicht vor zwei oder zweitausend Jahren geschehen sind.

Dabei ist der Eindruck der „kollektiven Führung", den Peking zu vermitteln sucht, ebensowenig zutreffend, wie es ähnliche Propagandabehauptungen des Kremls nach Stalins Tod waren. Es geht um die Nachfolge Maos und um die Zukunft Chinas, so wie es schon Ende der fünfziger Jahre darum ging, bei den politischen Diskussionen um den „grossen Sprung nach vorn"; oder in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, während der Wirren der Kulturrevolution; oder zu Beginn der siebziger Jahre, als Lin Piao angeblich in die Sowjetunion flüchten wollte. Maos Botschaft an seine Nachfolger gleicht denen manch anderer historischer Persönlichkeiten — Botschaften, die so oft wiederholt und so selten befolgt wurden, weil Nachfolgekämpfe ihre eigene Dynamik entwickeln und eigener Logik folgen: „Ihr müsst alle zusammenhalten oder ihr werdet, jeder einzeln, stürzen."

Lin Piaos Versuch, in die Sowjetunion zu fliehen, zeigt, dass für einen chinesischen Führer die Versöhnung mit Moskau zumindest denkbar ist. Es handelt sich dabei offenbar um eine lebendige, keineswegs abgeschlossene Frage, wie westliche Beobachter oft fälschlicherweise vermuten. Eine andere Frage, die zur Debatte steht, betrifft die Nachfolge Maos: Werden die Radikalen oder die Gemässigten die Macht an sich reissen und China ihren Stempel aufdrücken? Werden sich die beiden Machtgruppen nach Maos Tod in die Haare geraten u. das Land in jene Bürgerkriegswirren und die feudale Zersplitterung stürzen, vor denen die Rote Flagge warnt?

Eins steht jedenfalls fest: In unserer Welt der wechselseitigen Abhängigkeiten, in der China eine politische und atomare Macht darstellt, könnte ein solcher Umsturz nicht mehr so leicht innerhalb der chin. Landesgrenzen eingedämmt werden wie die meisten Bürgerkriege, von denen das riesige Land in der Vergangenheit heimgesucht wurde.

V. Z.

neues AUS DER WIEDERGUTMACHUNG

Die Entschädigungsempfänger und ihre »gefesselten« Konten

Von E. JACOB

Der Rückgang der Devisenreserven macht der Regierung und d. Staatsbank grosse Sorgen. Der Finanzminister verkündete freudestrahlend, dass er für unser Land einen Kredit von 40 Millionen Dollar erhalten habe und sich um weitere Darlehen bemühe. Darüber hinaus nimmt Israel im Auslande laufend Bankkredite in Anspruch, um die Devisenreserven wieder aufzufüllen. Für diese Kredite werden heute bis zu 14% bezahlt. Auch ein israelischer Bürger, der Gelder auf dem Eurodollar-Markt anlegen würde, kann heute mit 13 bis 14% Zinsen rechnen.

Bei allen Gelegenheiten berücksichtigt die Regierung die Zinssteigerungen und hat — nicht mit Unrecht — die Zinssätze für Entwicklungskredite erhöht. Nur bei den Entschädigungsempfängern bleiben die Zinsen eingefroren, und eine Massnahme, die eine Zeitlang noch verteidigt werden konnte, ist inzwischen zu einem ausgesprochenen Unrecht geworden. Auf den Pazak-Konten der Entschädigungsempfänger hatten sich Ende Mai 795 Millionen Dollar Gegenwert angesammelt und 465 Millionen Dollar Tamam. In den Monaten Januar bis Mai waren über 36,5 Mio. Dollar an Kapitalentschädigungen und 74 Millionen Dollar Renten eingegangen. Auch heute spielen die Entschädigungs-Devisen im Valuta-Haushalt Israels eine sehr wesentliche Rolle. Zufällig werden in einem Bulletin d. Finanzministeriums auf dem gleichen Blatt mit den Entschädigungseingängen auch die Einkünfte aus Touristik-Devisen angegeben. Im Januar bis Mai 1973 waren es 94 Millionen Dollar gewesen, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur 70 Millionen Dollar, demgegenüber waren die Entschädigungsdevisen von 101 auf 111 Millionen Dollar gestiegen. Sie sind also eine weit sichere Quelle als Touristik und Export!

Bei Ausfuhr und Touristik wirft die Regierung Subventionen in Mengen nach, um die Kurve der Eingänge wieder nach oben zu bringen, bei den Entschädigungsempfängern stellt sich die Regierung dagegen auf den Standpunkt: „Diese Gelder bekommen wir ohnehin" und zwingt die Kontenbesitzer sich mit minimalen Zinsen zu begnügen (4,5% bei Tamam und 6% bei Pazak). In der Aufstellung des Finanzministeriums we... die Rechnungen der Entschädigungsempfänger unter „g... seite Konten" aufgeführt, die „gefesselten" Entschädigungsempfänger müssen alles mit geschehen lassen.

Zur Rechtfertigung der ni... gen Zinsen wurde angeführt, die Kontenbesitzer den Sc... der Wertbeständigkeit u. Ste... freiheit geniessen. Ausser haben die Inhaber von Tam... Konten die Möglichkeit bei ...tad-Verkäufen mehr zu bek... men. (Letztens wurde die ...mam-Quote von 200 auf 300 monatlich erhöht.) Dieses le... re System ist, wie schon m... fach erklärt, ausgesprochen gesund, da auf diese Weise Rentenempfänger zu Spekula... gemacht werden, die die Na... Entwicklung an der Börse ...obachten müssen, um den ric... gen Moment für den Verkau... finden. Brauchen sie das ... ihrer Rente dringend und ha... sie vielleicht im falschen Au... blick verkauft, so haben sie ei... ungerechtfertigen Verlust erlit... Die Natad-Methode mag bör... technisch berechtigt sein, w... sich jedoch gegenüber den R...

(Fortsetzung auf S. 5)

Johannes Mario Simmel

UND JIMMY GING ZUM REGENBOGEN

ROMAN

176.

„Zunächst verhielt der sich gegen Heinz ganz korrekt", sagte Manuel.

„Zunächst, ja. Er wartete. Er hatte Zeit. Er wusste, er würde seine Gelegenheit bekommen in den vier Jahren, die Heinz am Institut sein sollte. Eine Gelegenheit, bei der er gegen den Jungen vorgehen konnte, um sich zu rächen für die Demütigung, die er indirekt durch einen Juden erlitten hatte ... Als Friedjung dann die Möglichkeit hatte, nach Recht und Gesetz mit aller Schärfe durchzugreifen, da tat er es. Da nahm er Rache an Valerie, indem er sich an ihrem Sohn, dem Sohn des Juden, rächte. Er wollte ihn vernichten! Er hat sein Ziel erreicht, wenn auch anders, als er es sich dachte ..."

„Und er ist selber draufgegangen dabei", sagte Manuel.

„Das eben", sagte Daniel Steinfeld, „wollte Valerie nicht wahrhaben ..."

67

„Er lebt!" sagte Valerie Steinfeld.

„Er ist tot!" sagte Daniel Steinfeld.

„Er ist nicht tot", sagte Valerie Steinfeld.

„Herrgott, das redest du dir doch nur ein! Das ist doch nur eine fixe Idee von dir! Nicht die geringsten Beweise hast du dafür, dass Friedjung noch lebt!"

12. Juli 1948.

Der Tag war heiss.

„Keine Beweise", sagte Valerie. „Ich habe eine Menge Beweise!"

„Zum Beispiel?"

„Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die damals den Angriff auf die Chemieschule erlebten. Sie alle sagen, die meisten Toten waren so schrecklich entstellt, dass man sie nur an Hand von Papieren identifizieren konnte, die sie bei sich trugen."

„Aber den Friedjung hat seine Frau identifiziert! Und Schüler! Und Kollegen!"

„Ja, nach seinen Papieren!"

„Woher weisst du das? Hast du mit allen gesprochen? Auch mit seiner Frau?"

„Mit allen. Nur mit der Frau nicht. Die lässt sich nicht sprechen. Ich habe es schon ein paarmal versucht — umsonst."

„Wieso umsonst?"

„Friedjung muss ihr von mir und Paul und dem Jungen erzählt haben. Sie weigert sich, mich zu empfangen. Sie hasst mich ..."

„Er lebt nicht, er ist tot! Ich habe mir gestern die Mühe gemacht, zum Magistrat zu gehen und mir die Sterbeurkunde anzusehen. Und dann war ich auf diesem Friedhof an der Ettinghausenstrasse, und da habe ich Friedjungs Grab besucht. Valerie, bitte!"

„Es sind viele Leute von der Strasse in das Institut gekommen bei diesem Angriff. Das haben mir Schüler und Lehrer gesagt. Als die Bomben das Gebäude trafen, waren alle in den finsteren Kellern lange eingeschlossen. Friedjung hat einem Toten, dessen Gesicht zerschlagen war und der ungefähr dieselbe Statur hatte, seine Kleider angezogen und ihm seine Dokumente in die Tasche gesteckt und ist dann, als die Rettungsmannschaften kamen, davongeschlichen, vorsichtig, so, dass es niemand merkte ..."

„Das denkst du dir, weil du willst, dass es so war!"

Valerie sagte: „Er hatte eine Freundin, der Friedjung. Das weiss ich bestimmt. Auch dieser Sache bin ich nachgegangen. In der Siebensterngasse hat sie gewohnt. Ein Baby hat sie gehabt. Ein uneheliches Kind. Die Hausmeisterin beschwört es. Spiegel hat die Frau geheissen. Höchstens siebenundzwanzig Jahre alt war sie. Friedjung hat sie ständig besucht. Er war ihr Geliebter. Und der Vater von ihrem Kind."

„Sagt die Hausmeisterin."

„Ja! Ja!"

„Woher weiss sie, dass es Friedjung war, der die Frau besuchte?"

„Ich habe ihn beschrieben. Sie hat ihn nach der Beschreibung erkannt."

„Umgekehrt wäre das interessanter gewesen", sagte Steinfeld.

„Eine Woche nach dem Angriff auf die Chemieschule ist die Spiegel mit ihrem kleinen Kind verschwunden! Nachts! Ein Auto hat sie abgeholt. Alles hat sie zurückgelassen, nur einen Koffer mitgenommen! Die Hausmeisterin hat es gesehen. Ein grosser Wagen war das. Mit Chauffeur. Und hinten im Auto sass er, Friedjung!"

„Das hat die Hausmeisterin gesehen? Mitten in der Nacht? Bei völliger Verdunkelung?"

„Etwas Licht war da ... im Wagen!" Valerie liess sich nicht beirren. „Friedjung hat seine Geliebte abgeholt und ist untergetaucht".

„Wohin?"

„Irgendwohin. Nach Deutschland. Ins Ausland. Ein Bonze! Diesen Leuten war alles möglich damals, knapp vor dem Zusammenbruch. Er lebt, Daniel! Friedjung lebt! Und ich werde ihn finden ..."

„Und wenn ich ihn gefunden habe ..." Valerie sprach den Satz nicht zu Ende. Ihre weissen Hände ballten sich zu Fäusten. Und tausend Blumen blühten ringsum und dufteten und leuchteten in allen Farben, und die Kinder sangen.

68

Jäh wie der Blitz drehte Anton Sirus' Hand den Konusknopf zurück. Er murmelte einen Fluch. Mercier, der neben ihm stand und dem Professor von Zeit zu Zeit die Stirn trockengewischt hatte, sprang erschrocken zur Seite.

„Was war das?"

„Eine Katastrophe, um ein Haar", antwortete der Professor, schwer atmend. „Einen halben Teilstrich über die richtige Zahl hinaus. Ich hörte schon, wie sich die Arretierungsvorrichtung öffnete, um zuzuschnappen."

Mercier wurde blass.

„Grosser Gott. Vier Zahlen haben wir schon."

Er sah zu dem Schreibtisch und den Blättern mit den Notizen und Berechnungen. Obenan auf einem Blatt standen die bereits gefundenen Kombinationsnummern: 8 4 P 9.

Mercier sagte: „In zwanzig Minuten Mitternacht. Und Sie hätten wieder von vorn beginnen müssen."

Der Professor nickte nur. Er stand schon wieder vor dem Einstellkonus. Millimeter um Millimeter drehte er den Knopf auf die Zahl zu, über die er hinausgeraten war. Auf einmal stockte er und nahm sich die Stethoskopbügel aus den Ohren. „Die fünfte Zahl ist die 3."

„Das ist ein Beruf, bei dem man fromm werden kann", sagte Mercier.

Er hatte das letzte Wort kaum ausgesprochen, da ertönte, schnell lauter werdend, das an- und abschwellende Heulen einer Sirene.

„Licht aus!" zischte der Professor, sehr leise.

Mercier hastete zu der Tischlampe. Das Büro lag nun im Dunkeln. Der Franzose fand den Weg zu einem der Fenster und schob den Vorhang zurück. Ueber die verschneite, menschenleere Fahrbahn des Kohlmarktes kam ein Funkstreife herangejagt. Ihr Blaulicht kreiste, ihre Sirene heute. Auf dem Schnee schleudernd, hielt der Wagen direkt unterhalb des Fensters. Zwei Uniformierte sprangen heraus. Sie liefen auf den Gehsteig. Mercier konnte sie nicht mehr sehen.

„Polizei", sagte Mercier atemlos.

Er erhielt keine Antwort, aber er war so erschrokken, dass ihm das nicht auffiel. Er starrte weiter in die Tiefe. Endlose Minuten verstrichen. Mercier fing an, lautlos zu beten. Wenn jetzt noch alles schiefging, jetzt noch ...

Plötzlich tauchten die Polizisten in ihren Lederjacken wieder auf. Sie schleppten zwischen sich einen tobenden Betrunkenen, der wüst brüllte. Mit Mühe schafften sie den Mann in den Wagen. Türen flogen zu. Das Blaulicht begann zu zucken, die Sirene heulte auf, als die Funkstreife anfuhr.

Zahlreiche Fenster in den Häusern gegenüber waren erhellt, Menschen beugten sich neugierig aus ihnen. Auf meiner Seite wird das auch so sein, dachte Mercier. Na, egal. Noch einmal gutgegangen. Er liess den Vorhang zurückgleiten, tastete sich zum Schreibtisch und knipste die Lampe wieder an. Ein heisser Schreck durchfuhr ihn. Anton Sirus war verschwunden!

Ich werde verrückt, dachte Mercier. Das gibt es doch nicht, das ist doch unmöglich. Er kann sich nicht in Luft aufgelöst haben. Dann sah er Sirus.

Der Professor sass, im Schneidersitz, mit untergeschlagenen Beinen, auf dem Teppich. Sein Gesicht hatte einen entrückten, sanften Ausdruck angenommen. Wie Sirus dasass, erinnerte er Mercier an eine Buddha-Figur.

„Herr Sirus!"

Keine Antwort, keine Reaktion.

(Fortsetzung folgt)

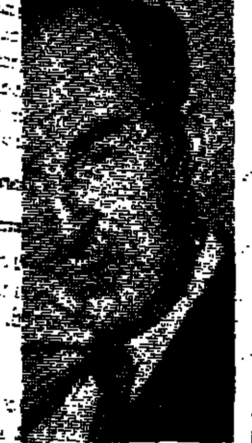
Trotz allem: Entwicklung in den verwalteten Gebieten

ISRAELS MINDERHEITEN

Von ALICE GARDOS

ichts der heftigen Debat-
ie Zukunft der verwal-
biete ist es verständli-
dortselbst zu einer Flut
ichten, zu einer auf-
en Beobachtung der is-
Auseinandersetzungen
Vorgänge um die „Pa-
r-Organisationen" in der
kommen. Sicherlich sind
MdK Mosche Dayans
nte Worte im Fernse-
er gegen eine Etablie-
es nichtjüdischen Regi-
Westufer, für jüdischen
f und Ansiedlung und
en Abzug von Zahal
Westufer- und Gazage-
t auf taube Ohren ge-
ie sogar ziemlich fein-
Notabeln dürften ge-
en, dass man sich in
er die Ansichten des
noch keine „Quantite
le" darstellenden) Da-
so leicht hinwegsetzen

rnsehen sagte Mosche
inen israelischen Zuhö-
erblümt, dass er nicht
warum Araber überall
Boden kaufen und sich
en könnten, während
dasselbe innerhalb der



CHAIM HERZOG: legale Ansiedlung erwalteten Gebiet

n (wenn sich heute
tischen) Grenzen ver-
soll. Er stimmte da-
ähnlichen Ton an wie
ärkommentator Chaim
der kürzlich in einem
in einer TV-Sendung
hsprachige Länder dar-
es, dass jüdische An-
in den verwalteten
seiner Ansicht nach
ien und nicht einer
Okkupation gleichge-
len dürfen. Auch wenn
den verwalteten, mehr-
abisch bevölkerten Ge-
Heiligen Landes sie-
se dies noch nicht be-
s über die Herrschafts-
e in diesen Gebieten
andelt werden könne.
h „leben ja auch bun-derttausende Araber in Israel ungefährdet und sogar prosperierend unter jüdischer Oberhoheit."

Wenn MdK Mosche Dayan in seiner sensationellen Erklärung im israelischen Fernsehen darauf hinweis, dass er keine nicht-israelische Armee im Westufergebiet des Jordan sehen will, so äussert er sich als gebranntes Kind und als Sicherheitsminister des Sechstage-Krieges. Schliesslich hatte er ja die arabischen Armeen (und Artillerie-Stellungen) aus der gefährlichen Nähe der grossen israelischen Städte „entfernt". Eine Wiederherstellung des vorherigen Zustandes kann nicht im israelischen Interesse sein und dürfte von niemandem, auch nicht dem linken „Friedenslager" im Lande, ernsthaft angestrebt werden.

Da nun Premierminister Jizchak Rabin ausdrücklich versprach, seine Regierung werde ohne Neuwahlen keine Veränderung der Hoheitsverhältnisse in Jehuda und Schomron zulassen, kommt d. Worten des Ex-Sicherheitsministers Dayan zu dieser Frage erhöhte Bedeutung zu. Es bleibt abzuwarten, ob bei der internen Debatte in der Israelischen Arbeitspartei nicht auch das Gewicht der Dayan'schen Unterschrift auf dem Antrag der Likud-Opposition (über Einführung einer israelischen Zivilverwaltung im Westufergebiet) nun doch sehr gründlich zu studieren sei. Mit Entrüstung allein ist Dayan nicht abzutun. Sollte er, der sich nach eigener TV-Aussage „zurückhielt", solange er als Minister die Meinungen des Kabinettschefs (Golda Meir) respektieren musste, zur Opposition übergehen, so wird die IAP eine sehr genaue Rechnung ihrer Abstimmungschancen im Falle von Wahlen anzustellen haben.

NEUE ZEITUNGEN UND BANKEN IN GAZA

Doch ganz abgesehen von alledem war in den letzten Monaten eine ständig verstärkte Wirtschaftstätigkeit in den verwalteten Gebieten zu beobachten, die sich mehr und mehr auf eine Zusammenarbeit mit Israel einstellen. Massgebliche Persönlichkeiten z.B. im Gazastreifen erklärten offen, dass sie sich bei allem Streben nach einer politischen Autonomie kaum eine völlige Trennung ihrer Wirtschaft von der israelischen (wie vor dem Sechstage-Krieg) vorstellen könnten.

Im September dieses Jahres traf Sicherheitsminister Schimon Peres mit Notabeln des Gebietes zusammen und unterhielt sich mit ihnen ausführlich über administrative und ökonomische Fragen. Unter den Teilnehmern dieser Aussprache befand sich auch der als unversöhnlich verschrieene Dr. Heidad Abdel Schafi, Rechtsanwalt Ibrahim Abu-Sitta, der strenge Kritiker der israelischen Verwaltung Dr. Chatam Abu Rsale u.a.m. Zu den radikal nationalistischen Notabeln gesellten sich auch gemässigtere Persönlichkeiten. Alles zusammen hatte man eine bunten Palette einer neuen Führerschaft der Gaza-Bevölkerung vor sich.

Die meisten dieser Persönlichkeiten geniessen die mehr oder weniger offizielle Anerkennung der israelischen Militärverwaltung, und sie symbolisieren das neue Bild d. Gaza-Streifens, seitdem die Flüchtlingslager dort saniert, die Insassen grossteils besser untergebracht und die ständigen Terrorüberfälle mit Handgranaten, Bomben und Minen fast ganz ausgemerzt wurden.

Eine gewisse Nervosität hat sich jetzt dieser neuen Führer bemächtigt, und sie wünschen nun nichts anderes, als dass sich die Lage nicht verschlechtern die Jugend nicht radikalisieren lassen möge. Trotzdem wurde in den letzten Monaten eine — seit sieben Jahren präzedenzlose — Aktivität entwickelt. Man ersucht um die Lizenz für neue Zeitungen, die Wiedereröffnung von Banken, will Kooperativen, einen Sportklub u.a.m. errichten.

In einer einzigen Woche erschienen zwei Mitglieder grosser, vielverzweigter Sippen beim Militärgouverneur und erbaten Lizenzen für die Herausgabe je einer Tageszeitung. Das steht im Gegensatz zu der sozialen und wirtschaftlichen Apartheid der die Bevölkerung von Gaza zur Zeit der Terrorherrschaft in der Gegend unterlegen war.

MEHR PRIVATINITIATIVE

Andere Notablen bemühten sich um die Wiederbelebung der „Palestine Bank", der „Arab Bank", Plantagenbesitzer wollten Packhäuser für ihre Zitrusfrüchte errichten, um den Export zu erleichtern, und waren — ein Wunder für die vorher so investitionsunwilligen Araber — zur sofortigen Aufbringung von IL 15 Millionen für diesen Zweck bereit. Die Privatinitiative im Gazastreifen hat in den letzten Monaten einen ausgesprochenen Auftrieb erlebt. Insbesondere ist der Hafen von Gaza zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, in dem 800 Arbeiter — unter der Aufsicht von zwei „Rais" oder Arbeiterpatronen — beschäftigt sind. In der jetzt beginnenden Zitrussaison stellt der Hafen von Gaza eine wichtige Entlastung für die israelischen Häfen im „Mutterland" Haifa und Aschdod) dar, die eine zusätzliche Inanspruchnahme durch die Pflanzer im Gazagebiet nicht einmal in Erwägung ziehen könnten.

FRAUEN ENTDECKEN DIE MACHT DES GELDES

Die Entwicklung in den verwalteten Gebieten zeigt sich oft in „kleinen Ursachen mit grossen Wirkungen." So z.B. ist die Tatsache, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen ins israelische Altstaatgebiet zur Arbeit fahren, zu einem Faktor der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung geworden. Die bis zum Sechstage-Krieg vollkommen abhängig gehaltene arabische Frau verfügt heute plötzlich über eigene Einnahmen und daher ein neues Selbstgefühl. Die Ehemänner und Eltern standen erst einer Berufstätigkeit der Frauen in israelischen Fabriken höchst ablehnend gegenüber. Heute tragen die Frauen zu einer Verbesserung nicht nur des Familien-, sondern des Nationaleinkommens bei. Die Macht des Geldes überwand die traditionalistischen und nationalistischen Bedenken. Hunderte Frauen wurden vom israelischen Arbeitsamt in Kursen ausgebildet, und wer nicht in die Fabrik fährt, beschäftigt sich mit Weben, Nähen, Sticken und anderer Heimarbeit. Inzwischen hat die arabische Frau gelernt, der jüdischen Umgebung auch die Art der Kleidung und Haushaltsführung abzugucken. Die Araberinnen der verwalteten Gebiete entdeckte die Konserven, die elektrischen Haushaltsgeräte und andere „Attraktionen", sie fügt sich nicht mehr in blindem Gehorsam, wenn der Vater sie ungefragt verheiraten will. All das sind Dinge, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen.

* * *

ERDBEEREN VON ARABISCHEN FARMEN INS AUSLAND

Von den Exporten an Erdbeeren, die die landwirtschaftliche Organisation AGREXCO in dieser Saison ins Ausland schicken will, werden nicht weniger als 75% aus landwirtschaftlichen Betrieben von Arabern (meist im kleinen Dreieck) stammen.

Libanesischer Archimandrit vertritt Erzbischof Raya

Letzter Hirtenbrief Rayas — „gegen Hass und Tohu-Wabohu"

(AS) Seit dem Rücktritt des Erzbischofs Josef Raya hat der griechisch-katholische Archimandrit Maximus Salum, einer der Raya nahestehenden geistlichen Würdenträger der Melektiten, die Vertretung des Abgetretenen übernommen. Der Archimandrit stammt aus einem Dorf im Süden des Libanon in der Nähe der israelischen Grenze. Patriarch Maximus verlieh ihm anlässlich der Uebernahme seines neuen Amtes den Titel eines Administrators des Patriarchen in der Dioezöse von Akko und des Galil.

Eine Gruppe griechisch-katholischer israelischer Staatsbürger im Galil widersetzt sich aber dieser Regelung und wandte sich an den Patriarchen Maximus (Hakim) und den Vatikan mit der Forderung, einen israelischen Staatsbürger anstelle Rayas zu ernennen. An der Spitze der Gruppe steht das ehemalige Knessetmitglied Elias Nahle, ein Bewohner des Dorfes Rama im Zentralgalil. Auch einige Geistliche haben sich der Protestbewegung angeschlossen. Die Gegner der jetzigen Regelung drohen mit einem Boykott, falls ein „libanesischer oder amerikanischer" Geistlicher definitiv zum Erzbischof (anstelle Rayas) ernannt wird.

Mit der endgültigen Ernennung will jedoch der Patriarch Maximus und der Vatikan laut eingeweihten Kreisen warten, bis der Prozess gegen Erzbischof Hilarion Capucci in Jerusalem zuende gegangen ist.

Aus seinem selbstgewählten Refugium in einem kanadischen Kloster sandte inzwischen der Ex-Erzbischof Josef Raya einen Brief an die Mitglieder seiner ehemaligen Gemeinde in Israel. In dem Schreiben macht er der Kirche Vorwürfe, sie habe in der Führung der Geschäfte der melektitischen Gemeinschaft im Heiligen Lande geirrt. Er — Raya — könne das Unrecht nicht länger ertragen, besonders wenn es den ihm anvertrauten Gemeindemitgliedern schade. Er stand vor zwei Möglichkeiten: die erniedrigende Behandlung der Dinge durch das Patriarchat für den Nahen Osten abzulehnen u. so ein Tohu-Wabohu und Hass heraufzubeschwören, oder aber die Entscheidungen auf sich zu nehmen. Doch habe er, Raya, eine dritte Möglichkeit gewählt, indem er seinem Gewissen folgte und seinen Abschied nahm. So sei er nun ruhiger und seinem Gott näher.

WIEDERGUTMACHUNG

(Schluss von S. 4)

tenempfängern unsozial aus.

Heute genügt die Berufung auf die Wertbeständigkeit u. Steuerfreiheit nicht mehr, da die Entfernung des Pfundes vom offiziellen Kurs weit fortgeschritten ist. Wenn man den Entschädigungsempfängern schon keinen Sonderkurs wie Exporteuren geben will, so müsste man wenigstens ihre Zinsen verdoppeln. Auch das wäre noch keine wirkliche Abgeltung, aber die Entschädigungsempfänger würden darin eine beruhigende Geste der Regierung sehen, und der Finanzminister sollte daran interessiert sein, dass die Kontenbesitzer ihm nicht mit Verbitterung und Zähneknirschen gegenüber stehen.

Es ist kein Geheimnis, dass manche Entschädigungsempfänger sich ihre Gelder frei verfügbar im Auslande gesichert haben und aus diesen wesentlich höhere Einkünfte beziehen. Sollen nun die Gutwilligen bestraft werden, die ihre Gelder hier halten und soll der Gesetzesbruch durch eine falsche unsoziale Politik des Finanzministeriums praktisch gefördert werden? Es gab Regierungsbeamte die diesen Tatbestand auch eingestanden haben. Als 1962 die Abwertung vorgenommen wurde, fanden sich sofort feindselige Pressevertreter, die den damaligen Beauftragten d. Finanzministeriums, David Kochaw fragten: „Ist es berechtigt, dass die Entschädigungsempfänger nunmehr durch die Abwertung Profite und „Spekulationsgewinne" beziehen?", worauf er ihnen freimütig antwortete: „haben wir sie nicht lange genug ausgenutzt und beraubt?". Die gleiche Situation droht heute zu entstehen, und eine auf ihr Image bedachte Regierung muss dafür sorgen, dass dieses Empfinden nicht bei einer an sich gutwilligen Schicht entsteht. Als einmal die Zinsen allgemein sanken, beeilte sich das Finanzministerium die Sätze für Pazak von 7% auf 6% herunterzusetzen. Müssen die Inhaber der „gefesselten" Konten bei der umgekehrten Entwicklung leiden, wenn die Zinsen für alle andere Depositen schwindelnde Höhen erreichen?

Das Finanzministerium sollte die ganze Frage dringlich prüfen und im Interesse guten Willens im Staate eine gerechte Entscheidung fällen. Erstaunlich ist, dass die Vertreter der Entschädigungsempfänger und der Landsmannschaften schweigen und keinen Lärm geschlagen haben. Damit erwecken sie nur den irrigen Eindruck, dass die Entschädigungsempfänger alle reiche Leute sind und die Zinsen nicht brauchen. Sie bestärken damit verknöcherte Bürokraten in unsozialer Hartherzigkeit.

INOPROGRAMM

TEL-AVIV

Y: The Sting
IUDA: Mame
ONE: Sleeper
MA: Charly
Half
Paper-Moon
Blazing Saddles
N: 7.15 The Wizard of
9.45 Tales from the

The Exorcist
merican Graffiti
: England Made Me
pke
The Exorcist
My Darling Slave
: For Pete's Sake
Watch out, we are Mad
The Godfather
pies
Desperate Character
he Marseille Contract
: La planete sauvage
La grande Bouffe
V: The Seven-Ups
Deux Hommes dans

RAMAT GAN:

LLY: 7.15 und 9.30
letzte Woche) Serpico;
hr: Parent Trap.

JERUSALEM

ARNON: Some Like it Hot
CHEN: La Bonne Année
HABIRAH: Scorpio
JERUSALEM: Charley Varrick
ORGIL: La Grande Bazar
SEMADAR: Women in Love
RON: Paper Moon
ORNA: For Pete's Sake
EDEN: Lepke
EDISON: The Secret Diary of Women Prisoners
MITCHELL: Charlie and a Half
ORION: Brothers in Blood

HAIFA

AMPHITHEATRE: Watch out we Are Mad
ARMON: Slaughter's big Rip-off
ATZMON: The Exorcist
CHEN: The Sting
MORIAH: Bob and Caroll and Ted and Alice
MIRON: The Exorcist
ORAH: Lepke
ORDAN: Mazal Tov
ORION: Karaten Beams and Fists
ORLY: Bananas
PEER: Charlie and a Half
RON: For Pete's Sake
SHAVIT: The Three Musketeers

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

TEL-AVIV

Donnerstag, nachts bis 23 Uhr: Scheinkin 27, Tel. 284791, Kikar Hamedina, Tel. 258046, Ben Jehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan und Umgebung: Aba Hillel 30, Tel. 723554.

Bnei Brak: Jabotinsky 11, Pardes Katz.

Petach Tikwa: Baron Hirsch-Str. 21.

Herzlia u. Umgebung: Herzlia Pituach.

Natania: Herzl 36, Tel. 22739.

Bat Jam: Haneviim 3.

Cholon: Sokolow 68.

Beer Schewa: Herzl 72.

Haifa bis 21 Uhr: Moria 107, Tel. 242621 — Ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512223, Kirjat Elieser.

ARZTENACHTDIENST

Dr. Har Even, Epsteinstr. 6, Tel. 44328.

Magen David Adom Aerzte-Nachtdienst T-A, Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" Arad: MDA, Tel. 057-97222. — Aschdod: MDA, Tel. 22222. — Bat Jam: MDA, Tel. 863333. Cholon: MDA, Tel. 843132. — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan Hagilgalstr. 42, 781111. — Herzlia: MDA, Tel. 981333. — Haifa: MDA, Tel. 101. — Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA. Tel. 78111/2; — Natania: MDA, Tel. 23333. — Petach Tikwa: MDA, Telefon 912333. — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333. — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101. — Zfat MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkazit Tel Aviv-Jaffo: MDA, Mazestr. 13, Tel. 101, von 8.00 Uhr abds. bis 7 Uhr morgens, Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachaschmonaim 4, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf", Tel-Aviv, Tel. 101, Gusch Dan, Tel 781111; Bat Jam, Tel. 863333; Cholon, Tel. 843133; Haifa Allgemeiner u. Kinderarzt, Tel 254530.

RADIO und FERNSEHEN

DONNERSTAG, 17.10.1974
Nachrichten: jede Stunde.

Programm A:

8.10 Berühmte Künstler — mit Jean-Pierre Rampal, Boris Christof, Heinz Wunderlich, A. Rubinstein und anderen; 9.05 Opernklänge — Donizetti: Auszüge aus „Liebestrank", Dirigent Richard Boninge; 10.05 Rezital — Wiederholung des Konzerts mit dem Pianisten Emanuel Aks, Gewinner des ersten Preises des Klavierwettbewerbs auf den Namen Arthur Rubinstein; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen: 11.35 und 12.05 Lied und Chanson; 12.35 Geoffrey Michels (Violine) spielt Werke von Reger, Nilsson und Papanini: — 13.05 Mittagskonzert — Prokofieff: „Romeo und Julia", Suite aus der Ballettmusik; 14.10 Für Mutter und Kind; 15.05 Radiowissen — Kampfmittel und Militärdoktrin; 15.30 Literatur für Lehrer und Schüler der Mittelschulen; 15.50 Buchbesprechung; 16.10 Ein kurzes Gedicht, 16.11 Das Jerusalemer Symphonieorchester — STEREO — Tonbandaufnahmen. Dirigent Paul Capulongo: Prokofieff, Schostakowitz, Mozart und Carlos Chavez; 18.05 Radioerzählung: „Der Mond" von Puschkin: 18.30 Ueber Arbeit und Arbeitende; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 „Hier Studio Nr. 1" — Musikalisches Magazin; 21.00 „Neue Töne" — STEREO — Johannes Fritsch, Lutoslawski, Ligeti; 22.05 Magazin für die Familie (Ester Barsel); 23.05 „Briefe an die unsterbliche Geliebte", Programmserie um diese Briefe von Beethoven (Ada Brodski, zweite Folge): 00.10 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch: 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.10 Morgenprogramm: 10.05 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 und 15.05 „Dir und mir"; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.10 Eine Minute Hebräisch; 16.11 und 16.35 Chansons aus aller Welt; — 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen; 17.10 Radiospiel; 18.05 Orientalische Weisen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Die Gestrigen" — mit der Schauspielerin Mirjam Bernstein-Cohen (Wiederholung); 23.05 und 00.10 „Unter uns" — Gespräche über persönliche Probleme per Telefon und im Studio.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Pop-Programm.

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde.

6.05 und 7.05 Morgenklänge; — 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Programm mit dem Rechtsanwalt Seew Segal: — 10.05 und 11.05 „Warm und schmackhaft"; 11.55 Kurze chassidische Erzählung; 12.25 „Stern am Mittag" — Die Beatles; 12.55 Programm mit Schaul Biber; 13.05 „Unsterbliche Lieder" — mit Schimon Bar; 14.05 und 15.05 Von zwei bis vier; 16.05 Rufen Sie bitte an — Die Mannschaft beantwortet Fragen zu Tagesproblemen; — 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Von einem Ende zum anderen — Die Hausfrau und die Haushaltshilfe; 19.05 Nebenbei bemerkt — mit Joram Keniuk; 20.05 Wunschprogramm; 21.05 „Legende und Wahrheit" — über den Helden Samson; 22.05 und 23.05 Heute abend — direkte Uebertragung — mit Josef Lapid; 23.45 Vortrag von Jizchak Liwni — über Bücher und Literatur.

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen — leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

8.15 Mathematik; 9.05 Sprach- und Literaturunterricht; 9.25 u. 12.20 Naturkunde/Physik; 10.00 Technologie; 10.20 Rechnen; — 10.45 Programm für kleine Kinder; 11.25 Naturkunde; 12.00 Zeichnen; 12.40 Die Lehre von der Elektrizität; 13.00 Französisch; 16.00 Englisch; 16.24 Algebra; 16.42 Wissenschaftlicher Film über Versuche der Widerstandskraft; 17.00 Telenoar.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Zirkus: 17.40 Die Welt von Walt Disney: „Der Förster von Brownstone"; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache: 20.00 Wissenschaft u. Wissen — Osteologie (Knochenforschung) im Ichilow-Hospital, Eierforschung in der Zoologischen Abteilung der Tel Aviver Universität und Lesemaschinen für Blinde, Erfindung der Physikalischen Forschungsabteilung, Jerusalem: — 20.30 Mabat; — 21.00 „Hawai fünf-null"; 21.50 Charlie Chaplin — „Der Vagabund (aus dem Jahre 1915/16; 22.15 Sportschau — Spiel der Woche; 22.40 Tagesabschnitt — Nachrichten.

(هكذا في الأصل)

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

המפד"ל בדילמה

המפד"ל נמצאת כרגע בדילמה משונה. מנהיגיה הוותיקים מצדדים כמעט כולם בהצטרפות לקואליציה. לעומתם עומדים הצעירים שהם מזדהים כמעט כולם עם נסיונות ההתנחלות בשומרון ויהודה, אשר יוזמתם היא קבוצת „אמונים". בלי הדור הצעיר תחסר המפד"ל במשקלה הפוליטי וכך גם בחשיבותה בתור שותף בקואליציה הי במשלתית. עם צעיריה לא בנקל תוכל המפד"ל להיכנס לממשלה אשר עליה מקובלים ויתורים טריטוריאליים בגדה המערבית.

אנו שלא נוגעים במישרין בדילמה זו, יכולנו בשקט להמתין, לולא היתה הדילמה האמורה גם בעייתנו. ראש הממשלה יצחק רבין, עושה בכהונתו זו זכו־מה מאמצים רבים על־מנת להכין את כניסת המפד"ל לממשלה. כוונתו ברורה: לקראת ההחלטות הגורליות במדיניות החוץ והבטחון שלנו וכן לקראת החלטות בלתי־פופולאריות במדיניות הכלכלית, רוצה רבין להרחיב את הבסיס הפרלמנטרי הצר של ממשלתו. המפד"ל היא המועמדת הטבעית להרחבת הקואליציה.

עדיין לא ברור כיצד תיפתר הבעיה הסבוכה, אך דבר אחד כבר ברור: שום פתרון אפשרי לא יוכל להשביע את כל הצדדים. יתירה מזו: כל פתרון נרשא בחובו כבר את ניצני המשבר הממשלתי הבא.

ו. ט.

DIE RELIGIOES-NATIONALE ZWICKMUEHLE

Die RNP befindet sich augenblicklich in einer eigenartigen Zwickmühle. So ziemlich alle älteren Führer dieser Partei sind für einen Eintritt in die Koalition. Ihnen gegenüber steht die Generation der Jungen, welche sich mehr oder weniger offen mit der Emunim-Gruppe und deren Ansiedlungsversuchen im Schomron identifiziert — so weit sie nicht mit den Führern dieser Gruppe identisch sind. Ohne diese Jugend verliert die RNP an politischem Gewicht und damit natürlich auch von ihrer Wichtigkeit als Koalitionspartner. Mit dieser Jugend wird es der — für die Ministerposten der RNP in Betracht kommenden — Führungsgeneration kaum gelingen, in eine Koalition einzutreten, welche die Gebietsverzichte im Westufergebiet bereits als Tatsache angenommen hat.

An und für sich könnten wir, die nicht direkt Beteiligten, in Ruhe und vielleicht sogar leicht amüsiert zusehen, wie die RNP aus ihrer Zwickmühle herauskommt. Leider besteht aber kein Grund zu einem ruhigen Zusehen. Die Zwickmühle der RNP ist leider auch unsere eigene. Der Regierungschef Jizchak Rabin tut bereits seit einiger Zeit alles, um innerhalb seiner Partei und des Arbeiterblocks den Eintritt der Religiös-Nationalen Partei möglichst widerstandslos durchführen ***zu können. So ganz glatt scheint*** **— bei aller Hochachtung für die „Elastizität" unserer politischen Führer — diese Erweiterung der Koalitionsbasis auch innerhalb des Arbeiterblocks nicht hingenommen zu werden. Es ist bekannt, dass die Mapam die Bedingung stellte, die Leitung der RNP müsse sich vor ihrem Eintritt in die Koalition öffentlich von den Ansiedlungsversuchen der Emunim-Gruppe distanzieren.** ***Die Tatsache, dass man so-*** **wohl in der Arbeitspartei als auch in der Religiös-Nationalen Partei versuchte, diese Bedingung auf die leichte Schulter zu nehmen, beweist eigentlich nur eines, nämlich dass die RNP eine solche Distanzierung garnicht wagen kann, ohne es zu einer Spaltung in ihrem Lager zu bringen.**

Unsere eigene Zwickmühle besteht also darin, dass die Regierung Rabin für die zu erwartenden aussenpolitischen Entscheidungen sowie auch für unpopuläre Massnahmen auf finanzpolitischem Gebiet dringend eine Erweiterung ihrer parlamentarischen Basis sucht. Der natürliche Kandidat für einen Eintritt in die Koalition zum Zwecke deren Erweiterung ist natürlich das Lager der Religiös-Nationalen. Wie dringlich dem Regierungschef die Erweiterung der Koalition scheinen muss, kann man auch als Uneingeweihter daraus folgern, dass kürzlich Mosche Dayan mit einigen anderen Knesset-Abgeordneten der Rafi-Fraktion die vom Likud initiier- ***te Petition unterschrieb und da-*** **mit öffentlich Stellung gegen die längst formulierte Regierungspolitik nahm, welche eine Gebietsabtretung im Westufergebiet vorsieht.**

Wie auch immer diese verzwickte Situation gelöst werden mag, so kann diese Lösung doch keineswegs alle Beteiligten befriedigen. Ja, mehr noch: Jede Art der Lösung trägt bereits den Keim der nächsten Regierungskrise in sich. W.T.

BERICHTIGUNG

Am Sonntag, den 13.10., veröffentlichten wir als „Echo des Tages" den von W.T. gezeichneten Leitartikel: „Unrichtiger Krieg zur unrichtigen Zeit am unrichtigen Ort".

In diesem Beitrag unterlief ein bedauerlicher Fehler. Es ist *dort von „missgestalteter Jugend"* die Rede, obwohl im Manuskript „missgeleitete Jugend" gestanden hatte.

ENGLAND SCHICKT ABWANDERER ZURUECK

Die beiden Einwandererfamilien aus der Sowjetunion, die das Land wieder verlassen wollten, wurden jetzt aus London nach Israel zurückgeschickt. Sie besassen keinen Reisepass und wollten offenbar nach Belgien oder Holland weiterreisen, um dort zu bleiben.

Nach ihrer Ankunft in Lod weigerten sich die beiden Familien, den Flughafen zu verlassen. „Wir werden hier sitzenbleiben", erklärten sie den Reportern, ohne ihre Namen oder ihr Programm bekanntzugeben.

Fünf andere Einwanderer drohen mit einem Hungerstreik, wenn ihnen eine Rückkehr in die Sowjetunion nicht zugestanden wird.

In tiefer Trauer teilen wir das Ableben von Frau

MIRJAM GOLANI geb. FERBER

(aus BIELITZ)

im Alter von 38 Jahren mit.

Die tieftrauernde Familie:
SCHRAGA GOLANI, Gatte
STEFFI FERBER, Mutter
JUDITH, SIMY, MICKI, Kinder
KURT FERBER, Bruder & Frau
ABRAHAM GOLANI, Schwager & Frau

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, 17. Oktober 1974, um 3.30 Uhr nachm. auf dem Friedhof in Cholon statt. Autobus steht zur Verfügung um 3 Uhr nachm. vom Trauerhaus, Kiriat Ono, Beilinson 13 oder Treffpunkt um 3.30 beim neuen Friedhofstor.

HEUTE SIRENENPROBE

Heute nachmittag um 2 Uhr werden alle Sirenen im Dan-Bezirk ertönen. Es handelt sich hierbei um einen Probealarm des Zivilschutz-Kommandos. *Sollte zu diesem Augenblick ein* Ernstfall eintreten, werden auf- und abschwellende Sirenentöne gegeben.

Eine weitere Sirenenprobe wird am Freitag vormittag um 11 Uhr in den Bezirken Akko und Aschdod gehalten.

Störversuche beim Capucci-Prozess durch Zettel und Hafteinsprüche

Bischof Hilarion Capucci erklärte gestern im Laufe der Verhandlung vor dem Bezirksgericht Jerusalem, dass er wegen der „Unordnung" in der Prozessführung nicht mehr vor Gericht erscheinen wolle und eine Verurteilung in Abwesenheit vorziehe.

Ursache seiner Erregung waren eine Reihe von Zetteln, die ihm während der Verhandlung zugeschoben wurden. Obwohl er sich daranf berief, dass nur Anweisungen für den Prozessablauf auf diesen Zetteln niedergeschrieben waren, erklärte die Gerichtsvorsitzende Ben-Porat, dass solche Anweisungen nach den vor allen Gerichten geltenden Grundsätzen nur über den Verteidiger einem Angeklagten zugestellt werden können. Die Polizei beschlagnahmte die Zettel und begann mit der Nachprüfung ihres Inhalts.

Der gestrige Prozesstag war in der Hauptsache der Vernehmung von fünf Zeugen über die Terroristentätigkeit in Jerusalem gewidmet. Hierunter befand sich auch der Mörder des Taxichauffeurs Abergil, der gestand, die Sprengstoffe für diesen Anschlag vom Bischof Capucci erhalten zu haben. Ein anderer Zeuge lehnte seine Vereidigung ab und stellte als Vorbedingung, dass er zuerst mit seinen Familienangehörigen zusammentreffen wolle. Das Gericht lehnte eine solche Vorbedingung ab, verschob jedoch die Vernehmung dieses Zeugen auf einen späteren Zeitpunkt, damit seine Klagen nachgeprüft [illegible] den könnten und er sich [illegible] hige.

Es wurde auch der [illegible]stoffsachverständige der [illegible] vernommen, der bei der Festnahme des Bischofs [illegible] August Sabotagematerial [illegible] sen Auto gefunden hatte.

Der Verteidiger des [illegible] Rechtsanwalt Asis Schehade [illegible] suchte das Gericht noch [illegible] Verwirrung zu bringen, [illegible] von zwei Rechtsanwälten [illegible] die verhaftet worden seien [illegible] se Anschuldigung beruh[illegible] offenbar auf einer Fehlin[illegible]tion des Rechtsanwalts.

Das Beschwerderecht der Staatsbuerger soll mehr Wirksamkeit erhalten

Frau **Minister Schulamit Aloni**, die an der Spitze des Ministerausschusses für Fragen der Innenpolitik, der Dienstleistungen und des Umweltschutzes steht, fordert alle Staatsbürger zur Mithilfe bei der Ueberwachung des israelischen Lebensstandards auf. Die Generaldirektoren der Ministerien können nicht die einzige Aufsichtsbehörde sein, erklärt Schulamit Aloni.

Einstweilen wurde festgelegt, dass bei fünf Polizeistationen Klagen über nicht einwandfreie Lebensmittel eingereicht werden können. Das Gesundheitsministerium wird dann entscheiden, ob gegen die Gesetzesübertreter eine Geldstrafe verhängt oder ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet werden soll. Offen geblieben sind derzeit noch die Einzelheiten bei der Durchführung dieser Anweisung, wie z.B. die Frage, ob sich jeder Staatsbürger, der eine solche Anzeige erstattet, ausweisen muss.

Auf jeden Fall wird Schulamit Aloni dafür Sorge tragen, dass es nicht nur bei diesem Beschwerderecht bleibt, sondern dass jeder Anzeige auch eine Nachprüfung und Bestrafung folgt. Es muss wirklich zu jener Aenderung kommen, die von den israelischen Staatsbürgern gewünscht und zu Recht gefordert wird.

Armee-Offiziere informieren die Mittelschueler ueber Sicherheitsprobleme

Dieser Tage hat die Armee mit einer ausgedehnten Aufklärungsarbeit in den Mittelschulen begonnen — so teilt der Armeesprecher mit. Diese Aktion wird von der Armee in Zusammenarbeit mit dem Erziehungs- und Kulturministerium durchgeführt und sie umfasst so ziemlich alle Mittelschulen im Lande.

Höhere Offiziere, welche im Felde reiche Erfahrung gesammelt haben, werden in den oberen Mittelschulklassen Vorträge halten. In diesen Referaten wird unsere sicherheitspolitische Situation erklärt und auf Fragen der Schüler geantwortet werden.

In einem späteren Stadium wird eine ähnliche Aktion auch im Rahmen der verschiedenen Jugendbewegungen durchgeführt werden. Dort allerdings soll die Aufklärung von jungen Offizieren getragen werden, welche der gleichen Jugendbewegung entstammen wie ihre jeweiligen Zuhörer. Ausser diesen verschiedenen Vorträgen werden auch Exkursionen der Mittelschüler organisiert werden, wobei diese das Leben der Soldaten näher kennenlernen sollen.

ABGEORDNETER AUF GRENZWACHE

MdK Mordechai Ben-Porat (Rafi) zieht in dieser Woche im Kibbuz Menara an der libanesischen Grenze auf Wache. Der Abgeordnete, der im Jahre 1959 im Dienstgrad eines Raw-Seren (Major) seinen Militärdienst beendete, wurde seitdem nicht mehr zum Reservistendienst einberufen. Er stellte sich nun freiwillig für den Wachdienst zur Verfügung.

Nach der Auffassung von MdK Ben-Porat sollten sich auch andere Knessetabgeordnete zu *einer solchen freiwilligen Dienst*leistung am Wochenende melden.

aus dem Lande

Ein 70jähriges Ehepaar, Dow und Jehudit Waldvogel, wurden von einem Auto überfahren, als sie die Lincoln-Strasse in Tel-Aviv überschreiten wollten. Nach ihrer Einlieferung in das „Hadassa"-Krankenhaus vestarben sie an ihren Verletzungen. Der Fahrer des Privatwagens wurde festgenommen.

Ein 7jähriges Kind wurde in Aschkelon von einem Privatwagen überfahren und verstarb nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Nach der Geburt einer Tochter verliess eine 25jährige Frau aus Kirjat Bialik vorzeitig das Rambam-Krankenhaus in Haifa. Die Polizei nahm die Suche nach der jungen Mutter auf.

Für einen Arbeitsunfall müssen die Kabelwerke von Haifa einem Arbeiter eine Entschädigung von 60.000 IL bezahlen, wie das Bezirksgericht in seinem Urteilsspruch verfügte.

Wegen der versuchten Beraubung eines Devisenwechslers wurde in Haifa ein 25jähriger Angeklagter zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Sein Helfer, *der nicht bewaffnet war, wurde* zuvor zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt.

★

Minister Schlomo Hillel begab sich im Rahmen von Kreditverhandlungen nach Paris.

Der Verteidigungsminister von Guatemala, General Fausto David Rubio Coronado, wurde vom israelischen Verteidigungsminister Schimon Peres empfangen.

Im September 1976 wird in Israel der Kongress der internationalen Touristik-Föderation FITEC stattfinden.

RABIN EMPFAENGT SENDEBEHOERDE

Jerusalem (HM) — Die Direktion der israelischen Sendebehörde wurde gestern von Ministerpräsident Jizchak Rabin in dessen Jerusalemer Amtskanzlei empfangen.

Das Gespräch dauerte über eine Stunde an und hatte vornehmlich Inhalt und Charakter der Sendeprogramme im Rundfunk und Fernsehen, aber auch finanzielle Aspekte zum Thema.

Dem Gespräch wohnte auch Informationsminister Aharon Jariw bei.

KONZENTRIERUNG IM ERZIEHUNGSWESEN

Erziehungsminister Aharon Jadlin will im kommenden Schuljahr (5736) eine Konzentrierung aller Erziehungsinstitutionen erreichen, die sich der förderungsbedürftigen Schüler in den Entwicklungsstädten annehmen.

Zur Durchführung dieses Programmes sollen „umfassende Schulen" eingerichtet werden. Eine solche Schule in Chazor Haglilit, die dank einer Spende aus New York gebaut und gestern eingeweiht werden konnte, soll bereits dieser Aufgabe dienen.

Schwache Börsengeschäfte nach Gerüchten über Geldabwertung

Trotz einer ausdrücklichen Versicherung des Sprechers des Finanzministeriums, dass **keine Währungsabwertung** bevorsteht, reagierte die Börse auf diese Gerüchte hin mit einer Kurserhöhung des Natad-Dollars um 5 Ag. auf 4.97 IL. Auf dem Schwarzen Markt stieg der Kurs ebenfalls auf 5 IL, während die Kurse der anderen Währungen stabil blieben.

Die Gerüchte über eine Abwertung wirkten sich jedoch nicht auf den Kauf von indexgebundenen Anleihenscheinen aus, offenbar wegen der Enttäuschung über das nur geringe Ansteigen des Teuerungsindexes; der Umsatz belief sich auf nur 7 Millionen IL. Auch auf dem Aktienmarkt war ein Rückgang der Geschäfte auf einen Umfang von 850.000 IL zu verzeichnen.

GESCHAEFTSLEUTE UNZUFRIEDEN

Wenig zufriedenstellend äusserten sich die Handelsfirmen über die neue Wirtschaftspolitik der Regierung. In vielen Branchen sei ein Rückgang auf 75% der Geschäftsabschlüsse und eine Verminderung des Warenimports auf 80% zu verzeichnen.

30 kleine Diamantenschleifereien mit insgesamt 500 Arbeitskräften mussten während der letzten Monate geschlossen werden, erklären die Sprecher der Diamantenbranche.

INDUSTRIEZENTRUM BEI BEER SCHEWA

Zwölf Kilometer nördlich von Beer Schewa soll auf einer Grundfläche von 8.000 Dunam ein neues Industriezentrum entstehen. Als einer der ersten Betriebe werden die „Machschitej Darom", vom Koor-Chemiekonzern unter einer Investition von 150 Millionen IL erbaut, in etwa zwei Jahren fertiggestellt sein.

BAUTAETIGKEIT GEHT ZURUECK

Jerusalem (HM) — Ein 23%iger Rückgang der privaten Bautätigkeit in Israel war in den Monaten Juni—August, verglichen mit den zwei vorhergegangenen Monaten, zu verzeichnen. Diese Statistik bezieht sich hauptsächlich auf die Stadtgebiete unseres Landes.

Nach der kriegsbedingten Einschränkung der Bautätigkeit hatte sich diese in den Monaten März—April 1974 wieder etwas erholt; im Mai und Juni entfaltete sich die private [illegible]tätigkeit um ein zusätzliches [illegible] mass.

GITTER WENDET SICH AN SAPIR

Benno Gitter vom [illegible]renausschuss der „Israel [illegible]ration" wandte sich an den [illegible]heren Finanzminister Pinchas Sapir mit der Bitte, eine R[illegible] der „International Credit [illegible] zu versuchen. Sapir lehnte [illegible] doch diese Bitte mit der [illegible]kung ab, dass er sich in [illegible] Affäre nicht einmengen wo[illegible]

Die privaten Einleger [illegible] „Bank Erez Israel-Britannia" [illegible]ben inzwischen eine Rückza[illegible] ihrer Depositen gefordert.

STUDENTENVERTRETER VOR KNESSETAUSSCHUSS

Jerusalem (HM) — Der Vorsitzende des Erziehungsausschusses der Knesset MdK Abraham Schechterman, empfing eine Delegation des Zentralkommittes des israelischen Studentenverbandes, um die Proteste der Studentenschaft gegen die beschlossenen Gebührenerhöhungen zur Kenntnis zu nehmen. Die Studenten erläuterten, weshalb sie die Steigerung der Studienkosten für unberechtigt und unerwünscht halten.

Da das Thema noch nicht endgültig erörtert werden konnte, kamen beide Seiten überein, ihm eine weitere Zusammenkunft zu widmen.

Der Präsident des Weizmann-Instituts, Prof. Israel Dostrowsky, und die Professoren Michael Sela und Mordechai Awron, begaben sich nach München, um dort an einem Symposion über gemeinschaftliche wissenschaftliche Probleme teilzunehmen.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	15.10.1974	[illegible]
OBLIGATIONEN		
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	248	
6% Israel Electr. „B" $ linked	154.5	
6% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	253.5	
5% Dead Sea Works bearer $ linked	153	
6½% Zim $ linked	131.6	
Milve Klita 1961 Index 126,3	292.5	
Milve Klita 1962 Index 132,6	273	
Milve Klita 1964 Index 128,5	370	
Milve Klita 1965 Index 110,1	340.5	
Milve Klita 1966 Index 118,6	285	
Milve Klita 1967 Index 113,9	275.5	
AKTIEN-MARKT		
Osar Hitjaschwut ord. shares reg.	179	
I.L.D.C. Bankholding Ord. sh	178	
Bank Leumi „A" ord. stock	213	
General Mortg. Bank ord. shares bearer	224.5	
Isr. Dev & Mortg. Bank „B" ord. sh.	230	
Hassneh Insurance ord. sharer	158	
Housing Mortg. Bank „B" ord sh.	223	
Delek ord shares reg.	123	
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	246	
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10 n.	218	
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	120	
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	116	
Mehadrin	160	
Anglo Israel Investment	172.5	
Neot Aviv	77	
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	79	
Ata „C" ord. reg. shares	104	
Dubek	330	
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	72	
Amerikan Israel Papper Mills	243	
Assis	191	
Elgar Investment bearer	74	
Eliern Investment Ltd. bearer	133	
Pas Investments	82	
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	78.5	
Discount Bank Inv. bearer	150.5	
Bank Leumi Investment ord. shares	152	
Export Bank Investment	60	
Clal Industries	237	
Naphta Ltd. ord. shares	35.5	
Lappidot ord.shares reg.	160	
I.L.D.C. 10% conv. deb.	77	
Ata 10% conv. deb.	70	
D-Mark per $	2.5775/85	2.5[illegible]
Swiss Fr. per $	2.9070/91	2.91[illegible]
D-Mark	1.61	
Natad (unter Banken)	4.74	

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
Übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex. rights
* = ex. coup. div.
K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds:	unverändert
Index Bonds:	schwächer
Aktien:	etwas fester

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 241 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 3267
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014